Deutscher Reichstag.

6. Legislaturperiode. 4. Session.
5. Sitzung vom 3. Dez.

Am Tische des Bundesraths: v. Boetticher, Bronsart v. Schellendorff, Dr. v. Goßler, v. Hanisch u. a.

Präsident v. Wedell-Piesdorff eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Die Uebersicht über die Reichsausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1885/86.

Abg. Penzig (bei der Unruhe im Hause fast völlig unverständlich) erhebt Beschwerde über die Behandlung der Abgeordneten bei Benutzung ihrer Fahrkarten und äußert Bedenken über einzelne Positionen der Postverwaltung, namentlich mit Bezug auf den Verkehr mit dem Auslande.

Direktor im Reichspostamt, Dr. Fischer, weist den Bemerkungen des Vorredners gegenüber nach, daß der Post- und Telegraphenverkehr mit dem Auslande im sieten Wachsen begriffen sei.

Abg. Rickert beantragt die Ueberweisung an die Rechnungs-Kommission. Was die vom Hrn. Abg. Penzig angeregte Angelegenheit der Freifahrtkarten für die Abgeordneten anbetreffe, so hätte Redner gewünscht, daß man von der Ministerbank sich darüber geäußert hätte.

Staatssekretär v. Boetticher: Ich möchte gegenüber den erhobenen Beschwerden bezüglich der Freifahrtkarten bitten, solche doch dem Staatssekretär des Innern einzeln mitzutheilen, welcher dann Untersuchungen darüber anstellen und nöthigenfalls Remedur eintreten lassen wird. Dieser Weg führt am sichersten zum Ziele. Auf allgemeine Bemerkungen hier in diesem Hause kann ich keine Rücksicht nehmen, wenn es mir nicht durch Anführung spezieller auf Thatsachen begründeter Darlegungen ermöglicht wird, Untersuchungen anzustellen. Hätte mich der Herr Abgeordnete von den Vorkommnissen unterrichtet, so würde ich dafür sorgen, berechtigte Uebelstände abzustellen.

Abg. Dr. Meyer (Halle): Als Mitglied der Rechnungskommission glaube ich es aussprechen zu dürfen, daß es den einzelnen Mitgliedern der Kommission willkommen sein wird, die vom Abg. Penzig vorgebrachten Momente zu prüfen.

Die Uebersicht wird darauf der Rechnungskommission überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Friedenspräsenzgesetzes.

Kriegsminister von Bronsart: Die Gesetzesvorlage, welche Sie heute in erster Berathung beschäftigen soll, stellt sich in den Augen der verbündeten Regierungen als zwingend nothwendig dar, zwingend in Bezug auf den gewählten Zeitpunkt ihrer Einbringung, zwingend in Bezug auf den in Aussicht genommenen Zeitpunkt ihrer Giltigkeit, zwingend in Bezug auf das Maß der geforderten Erhöhung und zwingend endlich auch in Bezug auf die in Aussicht genommene Dauer des Gesetzes. Ein solches Gesetz kann nicht wohl betrachtet werden, ohne einen weiten Blick über unsere Landesgrenzen hinaus. So ist es denn auch natürlich, daß ich schon bei Berathung des ersten Punktes, den ich zu erörtern habe, einen Blick werfen muß auf die Verhältnisse in unseren Nachbarstaaten, auf die Verhältnisse, wie sie sich in der letzten Zeit auf dem Gebiete der allgemeinen europäischen Politik entwickelt haben. Es ist weder meines Amtes noch auch erforderlich, daß ich Ihnen hier ein weitläufiges Exposé über die auswärtige Lage gebe, es genügt — und ich werde wohl keinem Widerspruche begegnen — wenn ich die Verhältnisse, welche hier in Betracht kommen, in ihrer Allgemeinheit als notorisch bezeichne, wenn ich die Behauptung aufstelle, daß das Deutsche Reich trotz seiner unausgesetzt bezeugten friedlichen Politik sehr wohl in die Lage kommen kann, in absehbarer Zeit in die Lage kommen kann, gegen seinen Willen in einen Krieg verwickelt zu werden. Es handelt sich nach der Auffassung der verbündeten Regierungen keineswegs um eine augenblicklich drohende Kriegsgefahr (Hört, hört! links); wenn das der Fall wäre, so wäre diese Vorlage ja eine ganz verfehlte. Eine Gesetzesvorlage, welche die Friedenspräsenzstärke des Heeres vom 1. April nächsten Jahres an zu erhöhen beabsichtigt, wäre nicht das geeignete Mittel, um einer augenblicklich drohenden Kriegsgefahr entgegenzutreten. Läge eine solche vor, so wäre die einzige Antwort die Mobilmachung. So stehen die Verhältnisse eben nicht, aber man wird sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß wir uns in einer Zeitepoche befinden, welche gegründete Aussicht auf eine dauernde Erhaltung des Friedens nicht giebt. Wenn Sie dieser Ueberzeugung beitreten, dann werden Sie sich auch nicht weiter derselben Pflicht entziehen können, wie sie den verbündeten Regierungen obliegt, zu prüfen und zu erwägen, in wie weit die Wehrkraft des Deutschen Reichs gegenüber der Wehrkraft der benachbarten Staaten als ausreichend zu erachten ist, um die Machtstellung, die Sicherheit und Unabhängigkeit des Deutschen Reiches aufrecht zu erhalten. Ich brauche auch kein Wort weiter darüber zu sagen, daß, wenn wir derartige Vergleiche anstellen, der nächstliegende, uns am meisten interessirende derjenige ist mit der Kriegsmacht Frankreichs, und unter diesem Gesichtspunkt ist zu bemerken, daß die Kriegsmacht dieses Landes, welches an Bevölkerungszahl gegen uns erheblich zurücksteht, schon seit längerer Zeit uns gegenüber in erhöhter Friedens-Präsenzstärke vorschreitet. Die Civilbevölkerung Frankreichs hat zu der Deutschlands ein Verhältniß wie 5:6. Wenn man den gleichen Maßstab der persönlichen Belastung also für den Friedens-Kriegsdienst anlegt, dann müßte die Friedenspräsenzstärke dort geringer sein als unsere, erheblich geringer. Sie ist aber höher und es liegt dort augenblicklich ein Gesetzentwurf vor, welcher eine weitere Erhöhung der Friedenspräsenzstärke in Aussicht nimmt. Eine hohe Friedenspräsenzstärke, eine im Verhältniß also hohe Friedenspräsenzstärke gewährt aber nicht nur den Vortheil erhöhter Kriegsbereitschaft zu jeder Zeit, sondern sie schließt auch in sich die nothwendige Konsequenz einer Erhöhung der für den Kriegsfall ausgebildeten Mannschaften, also der Kriegsstärke des Heeres. Nun entsteht wirklich die Frage: Sollen wir uns auf militärischem Gebiete von einem Nachbarstaate überflügeln lassen, welcher gegenüber unserem zeitigen Bestandte sich, ich will nicht gerade sagen mit Begehrlichkeit ausspricht, in welchem wir aber doch innerhalb breiter Schichten der Bevölkerung nicht das Maß von Enthaltsamkeit konstatiren können, welches nothwendig ist für das Gefühl behaglicher Ruhe, welches wir in unserem Vaterlande haben wollen. Die verbündeten Regierungen sind nun der Meinung, daß es nicht in dem Beruf des deutschen Volkes liege, sich in dieser Weise überflügeln und damit sich Gefahren der Zukunft aussetzen zu lassen; sie sind der Meinung, daß der Reichstag eintreten müsse. Es sind Ihnen nun Zahlen in der Vorlage gegeben, welche die Nothwendigkeit einer Heeresverstärkung beweisen sollen. Diese Zahlen sind in einem Theil der Presse angegriffen worden; es ist gesagt worden, es müsse dabei dieses oder jenes wesentliche Moment des Vergleichs außer Acht gelassen sein, kurz und gut: diese Zahlen werden bis jetzt nicht als unumstößlich feststehende angesehen. Ich bin zu darauf gefaßt, daß diese Zahlen auch hier angegriffen werden. Ich möchte aber glauben, daß das Plenum des Reichstages nicht die geeignete Gelegenheit ist, eine einwandfreie Feststellung dieser Zahlen soweit zu ermöglichen, daß die Volksvertretung und die verbündeten Regierungen gleichzeitig sagen: so ist es ungefähr das Richtigste. Absolut richtige Zahlen sind auf diesem Gebiete überhaupt auch nicht zu geben. Ich kann versichern, daß es das redliche Bestreben der Militärverwaltung seit Jahr und Tag gewesen ist, dieseigen Zahlen zu ermitteln, welche der Richtigkeit so nahe kommen, wie es überhaupt möglich ist, und wir sind auch mit einem Material versehen, welches wir, wenn, wie ich annehme, die Gesetzesvorlage an eine Kommission verweisen wird, als unsere Grundlage Ihnen vorlegen und damit Beweis liefern werden, daß unsere Zahlen richtig sind. Sind diese Zahlen nun richtig, dann wird sich auch die Ueberzeugung nicht wegdrängen lassen, daß wir alle Veranlassung haben, möglichst bald auf eine dauernde Abhilfe zu denken. Von diesem Gesichtspunkte aus ist seitens der verbündeten Regierungen der möglich frühste Termin zur Einbringung gewählt worden, d. h. gleich nach der Eröffnung des Reichstages. Daß diese Vorlage nun auch so bald hier auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt worden ist, giebt mir die Ueberzeugung, die angenehme Ueberzeugung, daß auch im Reichstage, sollten auch verschiedene Meinungen darüber obwalten, die Dringlichkeit dieser Vorlage nicht verkannt wird und ich kann nur die Bitte an Sie richten, daß am Gesichtspunkte der Dringlichkeit festgehalten wird und eine möglichst beschleunigte Berathung eintritt. Wir werden Ihnen in der Kommission auch näher darlegen, daß, wenn es unsere Absicht ist, zum ersten April nächsten Jahres mit dieser Vorlage in Verwirklichung zu treten, es dann dringend wünschenswerth ist, daß wir, bevor der Reichstag seine Weihnachtsferien antritt, mit dieser Vorlage zu Ende gekommen sind. (Bewegung.) Denn wir bedürfen einer etwa dreimonatlichen organisatorischen Thätigkeit, um den Uebergang in die neuen Verhältnisse so zu vollführen, daß weder die erforderliche Kriegsbereitschaft des Heeres dadurch gestört, noch auch der bewährte Ausbildungsgang der Truppen dadurch gehemmt wird. So viel also über den Zeitpunkt der Einbringung und über den in Aussicht genommenen Anfangszeitpunkt der Giltigkeit der Vorlage. Nun bin ich ja natürlich genöthigt, auch noch einen Blick auf die finanzielle Seite der Frage zu werfen. Ich habe ja den Etatsverhandlungen der letzten Tage mit großer Aufmerksamkeit beigewohnt und ich leugne nicht, daß es mir persönlich gewiß sehr bequem und angenehm ist, daß ich nicht auch noch dafür zu sorgen habe, auf welche Weise die Mittel zur Durchführung dieser Reorganisation herbeigeschafft werden. (Große Heiterkeit.) Um so angenehmer aber ist es mir in der That, in diesem Augenblicke hier mit gutem Gewissen vor Sie hintreten zu können, daß alles, was nur irgend möglich war, in der Berechnung der Ausgaben geschehen ist, um die dauernden sowohl wie die einmaligen Ausgaben so niedrig wie möglich zu gestalten. Es ist ein Zweifel ausgesprochen worden in den Etatsverhandlungen, ob ein Vergleich welcher mit Frankreich gezogen worden ist, auch auf finanziellem Gebiete, in Bezug also auch auf die Summe, welche zum Kopf der deutschen und der französischen Bevölkerung beansprucht werde für Zwecke der Landesvertheidigung, ein zulänglicher und zutreffender wäre. Das lasse ich vollständig dahingestellt. In Ermangelung einer besseren Grundlage für solchen Vergleich hat die Begründung der Vorlage nicht davon abstehen wollen, wenigstens diese Zahlen einzustellen. Aber man mag darüber denken, wie man will: darüber kann doch gar kein Zweifel sein, daß wenn eine Verstärkung in dem geforderten Maße wirklich nothwendig ist, dann auch die Mittel dafür beschafft werden müssen, sei es außerdem Falls auf dem Wege einer Erhöhung der Matrikularbeiträge. Es ist auch die erhöhte persönliche Belastung, welche mit dieser neuen Vorlage dem deutschen Volk auferlegt wird, erörtert und besprochen worden. Ich habe in der Presse Stimmen gefunden, welche die Belastung mit 1 Proz. der Bevölkerung als unerträglich erklärten. Ich glaube, daß diese Auffassung eine unrichtige ist. Wer sie aber festhalten will und wer seine anderweitige Begründung finden kann dafür, auch diese persönliche Belastung des deutschen Volkes für erträglich zu halten, dem würde ich ganz einfach den Rath ertheilen, sich mal jenseits der Vogesen zu erkundigen, aus welchen Gründen denn dort eine weitergehende persönliche Belastung für vollständig erträglich gehalten wird. Wir gehen nicht über das Maß dessen hinaus, welches verlangt werden muß. Um noch einmal auf die finanzielle Seite der Frage zurück zu kommen — ich hätte dieses vorher sagen müssen, es ist mir im Augenblick entgangen — will ich hier nur dem Gedanken Ausdruck geben, daß es wirklich meiner Meinung nach verhängnißvoll werden könnte, wenn die Bestimmungen zu dieser Vorlage mit ihrer finanziellen Belastung abhängig gemacht werden sollten von vorherigen Verständigungen über schwebende Fragen der Zoll- und Steuerpolitik. Ich würde glauben, daß unter allen Umständen diese Vorlage die Priorität beanspruchen darf, daß das Bedürfniß zunächst geprüft werden muß, und daß, wenn es anerkannt wird, daß dann die Frage, wie die Mittel zu beschaffen sind, in zweiter Linie gestellt werden muß. — Endlich habe ich noch einige Punkte zur Sprache zu bringen, die Frage des sogen. Septennats. Mir ist von verschiedenen Seiten aus dem Hause vertraulich mitgetheilt worden, daß die Vorlage, grade so weit sie diesen Punkt betrifft, an vielen Stellen den Eindruck erregt hat, als ob es den verbündeten Regierungen mit der Forderung des Septennats eigentlich gar nicht ernst wäre; manche von den Herren haben zwischen den Zeilen lesen wollen, daß die verbündeten Regierungen recht gern auf eine geringere Frist eingehen würden. Man hat gemeint, die verbündeten Regierungen heben ja blos „vorgeschlagen," um dem Reichstage Gelegenheit zum Abhandeln zu geben. Es liegt nicht in den Gewohnheiten der verbündeten Regierungen „vorzuschlagen." (Heiterkeit, Widerspruch. Abg. Windthorst: Na, na!) Ich höre vom Abg. Windthorst ein: Na, na! Das nimmt mich um so mehr wunder, als der verehrte Abgeordnete, ich glaube im vorigen Jahre, ohne von den verbündeten Regierungen dazu ausdrücklich ermächtigt zu sein, hier von der Tribüne aus die Regierungen ausdrücklich in Schutz genommen hat, gegenüber einem Angriff, der von der andern Seite des Hauses aus auf die Regierungen gemacht wurde, daß sie „vorschlügen." Er hat gesagt, er protestirte im Namen der verbündeten Regierungen feierlich dagegen. (Große Heiterkeit.) Indessen gehen wir über dieses „Na, na!" hinweg. Es ist nicht die Gewohnheit der verbündeten Regierungen, vorzuschlagen, und ebensowenig ist es meiner Meinung nach indizirter Beschluß des Reichstages, bei jeder Vorlage abzuhandeln. Also davon wollen wir hier mal ganz absehen. Ich erinnere daran: Wie ist denn das erste Septennat entstanden? Die Herren, die sich für diese Frage interessiren, werden sich auch daran erinnern, daß die erste Vorlage der verbündeten Regierungen zur Festsetzung der Friedenspräsenzstärke in Aussicht nahm, dieselbe feststellen bis zu anderweitiger gesetzlicher Regelung. Im Reichstage war nun eine große Zahl von Stimmen, welche auf diese Forderung nicht eingehen wollten. Es war das Bestreben, und zwar ein sehr verschiedenartig gestaltetes Bestreben, dem Gesetz nur eine Dauer mit bestimmter Zeitbegrenzung zu geben. Als Kompromiß zwischen dem Vorschlage der verbündeten Regierungen und den Stimmen der Majorität des Reichstags ist das Septennat entstanden. Als es im Jahre 1880 sich darum handelte, wieder eine neue gesetzliche Grundlage für die Friedenspräsenzstärke zu gewinnen, da wurde Ihnen von den verbündeten Regierungen eine Vorlage gemacht, die auch das Septennat enthielt. Mein Amtsvorgänger hat damals ausdrücklich erklärt, daß mit diesem Schritt die verbündeten Regierungen nicht etwa ihren Grundsatz preisgegeben hätten, welcher darin besteht, daß sie eine Feststellung der Friedenspräsenzstärke bis zu anderweiter gesetzlicher Regelung für das richtigste hielten. Dieser Standpunkt der verbündeten Regierungen ist auch heute noch ganz derselbe. Wenn wir Ihnen heute die Vorlage in Form eines Septennats bringen, so liegt darin das Bestreben, die Vorlage nicht unnöthigerweise mit einem Gewicht zu belagen, welches ihre Annahme erschweren

---

[49]

Zufall oder Fügung?

Roman
von Karl Hartmann.

(Fortsetzung.)

Keine fünf Minuten waren vergangen, da konnten Hans und Friedrich vom Ufer abstoßen. Der Wind war heftig, ungewöhnlich hohe Wellen warfen sich ihnen entgegen. Von den ersten Boot war nichts zu sehen, es hatte einen ziemlichen Vorsprung gewonnen, aber das Mißtlichste war, daß Hans und Friedrich des mißmutigen Wetters wegen laviren mußten, da war in der Dunkelheit nicht zu sehen, eine wie große oder kleine Strecke das feindliche Boot zurücklegte, ehe es den Kurs änderte.

Trotz der Behendigkeit ihres kleinen Schnellseglers, dessen Fortkommen durch den Gebrauch zweier Ruder — Friedrich fühlte nicht mehr, daß er hinkte, und den Schmerz verbeißend, gab die Aufregung auch dem verwundeten Arm die nöthige Kraft, das Ruder zu führen — noch beschleunigt wurde, währte es eine geraume Zeit, ehe sie die Flüchtenden entdeckten.

Der Wind hatte eine Lücke in die Wolkenschicht gerissen und einen Theil des Sternenhimmels bloßgelegt. Dies genügte indessen, um in einem größeren Umfange auf dem Wasser die Dunkelheit ein wenig zu lichten und durchsichtiger zu machen. Schon glaubten Hans und Friedrich, daß die Diebe, um die Verfolger zu täuschen und ihnen zu entgehen, einen andern Kurs eingeschlagen hätten, als sie endlich in der Ferne deutlich die Umrisse eines Bootes erblickten. Sie befanden sich bereits gerade Bellevue gegenüber. Friedrich arbeitete mit verdoppelter Kraft. Nach einigen Ruderschlägen bemerkten sie nun schon deutlicher das Ziel ihrer nächtlichen Fahrt und sahen zugleich, wie das Boot vor ihnen umlegte, zum letzten male umlegte, um nun in gerader Linie, von dem starken Wind und den hohen Wogen begünstigt, das Ufer zu erreichen. Nun gab es nur noch eine Möglichkeit auf einen erwünschten Ausgang: die Segel einzuziehen, das zweite Paar Ruder zu ergreifen und Jenen den Kurs abzuschneiden. Gesagt, gethan; Hans verließ das Steuer und setzte sich an die zweite Ruderbank, und seinen und Friedrichs vereinten, fast übermäßig angestrengten Kräften gelang es, den Weg der Feinde in einem rechten Winkel abzuschneiden. Es war ein gefährliches Unternehmen, aber es blieb nichts anderes übrig, doch war die Berechnung, wenn nicht eines der beiden Boote umschlug, richtig. Wenn sie sich mit ihrem Boot quer vor das vollen Lauf und mit vollen Segeln daherkommende feindliche legten, so mußten beide sich nach dem Zusammenstoß drehen und mit ihren Längsseiten berühren. Dieser Augenblick mußte benutzt werden. Dann allerdings erfolgte ein Kampf wie auf einem Piratenschiff, und das weitere stand in Gottes Hand.

Es geschah, und zwar insoforn glücklich, daß keines der beiden Boote scheiterte. Aber das feindliche hatte den geraden Kurs verloren, lag mit der Breitseite gegen den Wind und tanzte auf den Wellen auf und nieder. Hans und Friedrich waren jedoch mit dem ihrigen dabei nicht so nahe gekommen, daß sie in das andere hinüberspringen konnten. Ein paar Ruderschläge genügten, um es an dessen Seite zu bringen. Nun waren sie Seite an Seite. Die Ruder hinwerfen, ihre Rapiere ergreifen und mit einem Satz in das feindliche Boot springen, war das Werk zweier Sekunden.

Aber was sie erwartet hatten, ein Kampf vielleicht auf Leben und Tod mit den Räubern, erfolgte nicht. Dieser Sprung in das Boot war ausreichend, alles mit einem male zu beenden. In der nächsten Sekunde lag das Fahrzeug auf der Seite, seine Insassen stürzten in die Fluthen und die Ursache dieses nächtlichen Dramas, der leichte schwarze Kasten, trieb auf den Wellen dahin. Noch einmal hörte man Hans v. Bela's lauten Ruf: „Friedrich, zu Hilfe! den Wind überlönen,— dann war alles still. Der Tag begann zu grauen. —

Frau v. Sonns hatte Amanda zu Bett geschickt mit dem Bemerken, sie sei zu aufgeregt, um schlafen zu können, sie wolle noch eine Stunde lesen und die Zofe hatte sie mit der Aeßerung entlassen, sie werde sich heute selbst entkleiden. Sie hatte versprochen, Herrn v. Blaunung zu erwarten, und nun wartete sie eine Stunde nach der andern; mit jeder Stunde aber wuchs ihre Aufregung. Es handelte sich für sie um Sein oder Nichtsein, um Reichthum oder Bettelstab, um Leben oder Tod. Und dies alles sollte sich, mußte sich in dieser Nacht entscheiden. Aber noch andere Gedanken durchkreuzten ihr Gehirn. Fast wie Mordgier durchbebte es sie, wenn sie an Den dachte, der sie verschmäht hatte. Würde auch das sich schon entscheiden? Sollte ihr brennender Durst nach Rache in dieser Nacht schon gestillt werden?

„O," sprach sie vor sich hin, „hätte ich mich ihm nur nicht verrathen, die Scham tödtet mich! Um dieser Scham willen darf er nicht leben! Und dieses Gäschen sollte glücklich sein, sollte schwelgen dürfen, wo ich verschmachte? Nein, nein, Du sollst ihn auch nicht haben!"

Sie hatte Befehl gegeben, die Hauptthür nicht zu schließen, da sie ihren Kammerdiener noch erwarte.

„Vor zwölf, ein Uhr," dachte sie, „kann niemand hier sein." Aber als diese Zeit verstrichen war, wuchs ihre Unruhe und sie wuchs immer mehr, je weiter die Nacht vorrückte. Um zwei Uhr ging sie an den Strand, sie kannte den Weg dahin genau und konnte ihn im Dunkeln finden. Sie betrat den langen Steg, der sich so weit hinausstreckt, bis das Wasser so tief wird, daß Boote anlegen können. Die Wellen brachen sich an dem Gebälk und bespritzten sie. Sie mußte sich an dem Geländer halten, um nicht auszugleiten und vom Wind hinabgeweht zu werden. Sie blickte auf das dunkle Meer hinaus, aber nichts war zu sehen, nichts zu hören. Mit fliegender Aufregung kehrte sie in ihre Wohnung zurück. Die Minuten wurden ihr zu Ewigkeiten, ihre Uhr zeigte die dritte Stunde an und immer noch ward ihre fieberhafte Erwartung nicht befriedigt. Sie spürte keine Müdigkeit, aber ihr Kopf brannte und ihre Pulse jagten.

Es war vier Uhr, ihre Erregung hatte eine nicht mehr zu ertragende Höhe erreicht, als sie zum zweiten male zum Strande hinunterwanderte. Es war etwas heller geworden und die Finsternißß nicht mehr so undurchdringlich. War es Täuschung oder Wirklichkeit? Auf dem Wasser bewegte sich ein Schatten. War es das ersehnte Boot, das ihr die Getreuen bringen sollte? Aber nicht weit davon tauchte ein zweiter Schatten auf. Waren es fremde Boote, und nahte abermals noch nicht Entscheidung? Nun schienen gar beide Schatten zu einem zusammenzufließen.

Da hörte sie plötzlich den Ruf, den der Wind in grader Richtung laut und deutlich an ihr Ohr trug: „Friedrich, zu Hilfe!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18861205020/fragment/page=0001

und in Frage stellen könnte. Die verbündeten Regierungen kommen Ihnen bereitwillig entgegen, weil sie annehmen, daß unter den Mitgliedern des Reichstags auch heute noch der Wunsch nach einer begrenzten Dauer des Gesetzes besteht. Sie bringen Ihnen freiwillig diese Konzessionen entgegen, aber allerdings auch im Vertrauen, daß auch der Reichstag nicht die verbündeten Regierungen in die Lage bringen wird, sich über die Annahme eines Gesetzentwurfs zu entscheiden, welcher die Ziffer und die Zeitdauer zu geringe bemessen wird und die ruhige stetige Entwicklung unserer militärischen Einrichtungen in Frage stellt. In den Etatsdebatten der letzten Tage sind ja recht tiefgehende Gegensätze zu erblicken gewesen, aber durch diese scharfen Auseinandersetzungen ist doch versöhnlich ein Wort, das von allen Parteien ausgesprochen ist, hindurchgedrungen, es lautete: abgesehen und ungeachtet aller Parteiunterschiede wird der Deutsche Reichstag da, wo es sich um nachgewiesene Forderungen für die Ausrüstung unserer Wehrkraft handelt, eines Sinnes sein. Lösen Sie diese Worte jetzt ein durch möglichst einstimmige Annahme der Vorlage. (Lebhafter Beifall.)

Allg. Richter (dfr.): Diese uns gemachte Septennatsvorlage hat doch in ihrer Begründung sehr viel Aehnlichkeit mit der Septennatsvorlage von 1880 und mit der Vorlage von 1874. Auch der Kriegsminister ist seinem Vorgänger gefolgt in der Anführung zwingender Gründe für die Annahme dieser Vorlage. Allerdings sind die europäischen Verhältnisse notorisch, ebenso notorisch waren sie 1880, ebenso notorisch waren sie 1874. In Bezug auf die auswärtigen Verhältnisse konnte auch damals darauf hingewiesen werden wie heute, daß das Deutsche Reich in absehbarer Zeit in die Lage kommen kann, in einen Krieg verwickelt zu werden und daß die Zeitumstände eine gegründete Aussicht auf Erhaltung des Friedens nicht vollständig gewähren. Diese Situation ist nicht neu, sie datirt von 1871, von 1866 zurück. Auch damals wurde ebenso wie heute erst recht zur Begründung dieser Vorlage hingewiesen auf die Militärverhältnisse in den Nachbarstaaten. Es wurde damals wie heute hingewiesen auf Frankreich, auf Rußland. Letzteres betone ich besonders, weil in der panslavistischen Presse hervorgehoben ist, als wäre zum Unterschied von der Vorlage von 1880 zum ersten male auf russische Verhältnisse hingewiesen worden. Das möchte ich berichtigen. Derselbe Hinweis findet sich auch in der früheren Vorlage; ja, wenn wir die Vorlage von 1874 vergleichen, so finden wir den Hinweis nicht blos auf Rußland, sondern auch auf unseren Nachbar im Süden. Darin freilich haben sich die Verhältnisse gründlich geändert. Jene Spannung, die in Nachwirkung der Ereignisse von 1866 damals 1874 noch vorhanden sein mochte, hat freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn Platz gemacht; und wenn irgend einem Theil der auswärtigen Politik des Reichskanzlers die vollste Billigung aller Parteien dieses Hauses ohne Unterschied zutheil wird, so sind es seine Bestrebungen, welche uns Oesterreich-Ungarn genähert und zur Allianz von 1879 geführt haben. (Sehr wahr!) Der Gedanke, dem die österreichisch-ungarische Delegation in diesen Tagen Ausdruck gegeben hat, daß zwischen Oesterreich-Ungarn einerseits und Deutschland andererseits keinerlei widersprechende Interessen im europäischen Völkerkonzert vorhanden sind, wohl aber beide Völker in sehr wichtigen Fragen identische Interessen haben, dieser Anschauung ist auch allen in diesem Hause mit der österreichisch-ungarischen Delegation gemein. (Sehr wahr!) Wie bei der Begründung der Vorlagen von 1874 und 1880 sein Amtsvorgänger, so hat auch heute der Kriegsminister Verwahrung dagegen eingelegt, daß die Vorlage bedingt sei durch die unmittelbare, augenblickliche auswärtige Lage, durch eine akute Gefahr, durch eine auswärtige Komplikation in diesem Augenblick. Ich bin dem Kriegsminister sehr dankbar dafür, daß er gerade in der Einleitung dieser Berathungen dies mit Nachdruck hervorgehoben hat. Mit vollem Recht hat er erklärt, daß der Inhalt der Vorlage nicht auf eine unmittelbare auswärtige Gefahr zielt. Es handelt sich, wie er hervorhob, nicht um die Festsetzung der Kriegs-, sondern der Friedenspräsenzstärke. Die neu zu errichtenden Kadres sollen eingefügt werden in die Zahl der Friedensformationen, und zwar dauernd, so daß sie künftig, wie auch die auswärtige Lage sich gestalte, ohne Zustimmung der Regierung nicht aufgelöst werden können; die Festsetzung der zur Füllung der alten Kadres dienenden Mannschaften soll auf sieben Jahre erfolgen. Darin hat der Kriegsminister Recht, daß er sagte, wäre ein auswärtiger Konflikt in Frage, eine unmittelbare akute Gefahr vorhanden, so würde dem Reichstag eine solche Vorlage nicht gemacht werden. Denn in der That, wenn es sich um eine Kriegspräsenz handelte, um eine Mobilmachung, auch nur um eine erhöhte Kriegsbereitschaft, so ist verfassungsrechtlich die Regierung in der Lage, auch ohne Zustimmung des Reichstags bis zu einem gewissen Umfange Maßregeln zu exprimiren, außerordentliche Erhebungen zu veranlassen, selbst ohne Mobilmachung aufgrund des Gesetzes von 1867 unter dem Titel „nothwendige Verstärkungen" Reserven einzuziehen. Wenn solche Maßregeln in den letzten Zeiten wenig oder gar nicht erfolgt sind, so lag es daran, daß infolge der Entwickelung des Verkehrswesens auch die größte Mobilmachung sich rascher und exakter vollzieht, denn je vorher, wenn man bis zum Augenblick des unmittelbaren Kriegsausbruchs sich der Störung der bürgerlichen Verhältnisse enthalten kann. Zu Momente einer unmittelbaren Gefahr würde ein einziger Befehl, ein Druck auf den Telegraphen ausreichen, um die 31 Bataillone und 24 Batterien, die hier als neue Cadres in Betracht kommen, innerhalb 8 Tagen aus den vorhandenen Beständen und Mannschaften zu formiren. Würde eine allgemeine Mobilmachung erfolgen, so würde die politische Situation ähnlich sich entwickeln wie 1870. Müßten wir einen Angriff gewärtigen, so besteht wohl kein Zweifel auf irgendeiner Seite in diesem Hause, daß ohne Unterschied der Partei das ganze Haus einmüthig und ohne Anstand die hunderte von Millionen bewilligen würde, die erforderlich sind zur Rüstung des ganzen Heeres. Dann würde es nicht auf eine Kommissionsberathung ankommen, dann würden ebenso rasch wie 1870 die Millionen dieses Haus in drei Stunden passiren. Wenn man im Auslande sich andere Vorstellungen macht gegenüber den Parteiverhältnissen in diesem Hause, so ist dies eine wahnwitzige Verblendung. Aber darum handelt es sich nicht, sondern darum, ob die Friedenslage dauernd und in Bezug auf die Präsenzziffer, ob dieselbe nur eine längere Dauer von Jahren erhöht werden soll; und deshalb hätte der Herr Kriegsminister auch nicht von Anfang an solche Anforderungen an den Gang der Kommissionsberathungen stellen sollen. Daß wir vor Weihnachten diese Vorlage erledigen sollen, ist überhaupt unmöglich. Wenn die Regierung darum doch Werth legt, so begreife ich nicht, warum sie gerade in diesem Jahre die Einberufung des Reichstages noch um mehrere Tage hinausgezögert hat gegenüber dem Vorjahre. Und ist dies geschehen, weil die Regierung selbst noch Erwägungen über diese Vorlage anstellen wollte, so kann man es dem Reichstage nicht verübeln, wenn er, der von der Vorbereitung dieser Vorlage bis wenige Tage vor seiner Einberufung keine Ahnung hatte, auch Zeit zur Prüfung haben will. Unsere Vorprüfung wird jedenfalls abhängen von dem Maß des Entgegenkommens der Regierung, sich mit den Anschauungen des Reichstags zu verständigen. Da muß ich denn zu meinem Bedauern sagen, daß die Erklärungen des Kriegsministers — es lag vielleicht mehr an der Schärfe des Tones, als dem Inhalt der Worte — eine Verständigung entfernter gelassen haben, als ich vorher geglaubt habe. Wenn wir über diese Vorlage verschiedene Meinungen haben und diese Meinungen sich gegenseitig bekämpfen, so kann das Ausland daraus nur entnehmen, daß alle Parteien dieses Hauses weit davon entfernt sind, an der Stelle der Friedenspolitik eine eroberungssüchtige Cäsarenpolitik zu empfehlen. Weil wir eben nur das Nothwendige für unsere Sicherheit bewilligen wollen, müssen wir um so vorgründiger prüfen; wenn es sich darum handelt, Krieg zu führen, den Widerstand der Gegner rücksichtslos und schonungslos gegen andere Interessen niederzuwerfen, dann hat mit Recht unsere Verfassung die Entscheidung über die Frage der Präsenz einzig und allein in die Hand der Verwaltung gelegt, weil sie dafür am kompetentesten ist. Wenn es sich aber um die dauernde Friedensbelastung handelt, dann kommen nicht allein militärische Gesichtspunkte in Betracht. Der Kriegsminister hat das schon angedeutet mit der Bemerkung: „Ich bin glücklich darüber, daß ich nicht Finanzminister bin." (Heiterkeit.) Drastischer hätte der Kriegsminister nicht den Standpunkt kennzeichnen können, den er einnimmt, der, so berechtigt er vom militärischen Standpunkte aus sein mag, doch nicht allein berechtigt sein kann, wo es sich um eine dauernde Bemessung der Belastung handelt, mag auch die Regierungspresse sagen, daß bei solchen Vorlagen nicht die Verwaltung allein zu entscheiden habe, wir haben doch ein selbständiges Bewilligungsrecht. Wenn der Reichstag bei solchen Vorlagen nicht ein maßgebendes Urtheil fällen kann, so sollte man lieber darauf verzichten, die Friedenspräsenzstärke zu bestimmen und die dafür nothwendigen Ausgaben und neuen Steuern zu bewilligen. Dann überlasse man lieber die ganze Verantwortlichkeit der Regierung allein, wie es vor 1848 gewesen ist. Unter dem Druck dieser Verantwortlichkeit hat Friedrich Wilhelm III. darauf verzichtet, neue Steuern auszuschreiben und lieber die zweijährige Dienstzeit eingeführt. Mit allgemeinen Wendungen kann man diese Vorlage nicht vertheidigen, wie z. B. damit, daß eine unglückliche Schlacht, ein verlorener Feldzug uns eine größere Einbuße auferlegt, als die 23 bis 24 Millionen, die hier erforderlich werden. Solche allgemeine Wendungen beweisen zuviel und daher gar nichts, und sie würden ebenso für eine Friedenspräsenzstärke von 400,000 wie von 600,000 Mann geltend gemacht werden können. Dabei verzichtet man doch auf eine selbständige sachliche Prüfung. Wir sind gewillt, in eine solche Prüfung einzutreten und wollen dabei auch der Methode der Regierung folgen, die Verhältnisse in unseren Nachbarstaaten mit den unsrigen zu vergleichen. Wenn wir aber die Verhältnisse in Frankreich und Rußland und im Fall einer Allianz Beider in Betracht ziehen, so müssen wir auch die Kräfte unserer Alliirten Oesterreich-Ungarns berücksichtigen. Wenn diese Allianz eine Bedeutung für uns hat — und ich messe ihr eine sehr hohe bei — so muß sie sich auch bewähren; wenn wir alliirten Gegnern gegenüberstehen, dann müssen auch die Million Krieger in Oesterreich Ungarn, diese 700 Bataillone in Rechnung kommen. Und dann besteht unsere Kriegsmacht nicht allein in der Ziffer der Heeresstärke, der Friedensstärke. Dafür haben wir ein lehrreiches Beispiel im letzten orientalischen Kriege gehabt. Was sprach man vordem von Rußland und seinen 700,000 Mann, die es selbst im Frieden hätte? Und dieses selbe Rußland ist nur mühsam imstande gewesen, auch nur den „kranken Mann" in Europa niederzuhalten, und hat zuletzt nur mit Hilfe der Rumänen den türkischen Feldzug zu Ende führen können. Die hohen Kriegsziffern gleichen nicht aus die moralischen und intellektuellen Defekte im Innern eines Staatswesens. Die Kriegsmacht beruht auf der Gesammtheit aller materiellen, intellektuellen und moralischen Faktoren eines Volkes. Aber deshalb liegt die Gefahr nahe, daß der blaßer einseitiger militärischer Entwickelung der Volkskraft die harmonische Entwickelung des Ganzen leidet und dadurch der Kriegsmacht des Landes eine Einbuße zugefügt werden kann. Ich will zwar nicht die Bedeutung einer hohen Ziffer unterschätzen, aber Herr v. Kardorff hat selbst einmal gesagt, daß wir nur soweit nicht zurückbleiben dürfen, daß wir von anderen Staaten überflügelt werden. Der Herr Kriegsminister will uns in der Kommission weitere aktenmäßige Vergleiche geben. Gewiß! Aber nachdem die Regierung sich weitere Aufschlüsse für die Kommission vorbehält, werden wir uns ebenfalls weitere Erörterungen vorbehalten. Die Methode der Regierung in der ziffermäßigen Vergleichung in der Vorlage ist bei uns und unseren Nachbarstaaten ganz entgegengesetzt. Wir Abgeordnete sind in der Lage, über die Militärverhältnisse der Nachbarländer vollständiger unterrichtet zu sein als über unsere eigenen. Mit Recht widmet der Generalstab den Verhältnissen in den Nachbarländern aufmerksame Beobachtung, und die Frucht derselben ist niedergelegt in der Militärliteratur. Da kann man sich über alle neuen Einrichtungen im Auslande informiren, nur über die bei uns nicht. Der Unterschied zwischen uns und dem Ausland läßt sich dahin definiren: in Frankreich und Rußland sind mehr Soldaten auf dem Papier als in Wirklichkeit vorhanden, bei uns sind im Kriegsfall mehr Soldaten in Wirklichkeit vorhanden, als im Frieden auf dem Papier, wenigstens auf dem Papier, das in die Oeffentlichkeit gelangt. (Sehr richtig links.) Bei der Mobilmachung 1866 und 1870 waren selbst die, welche alle militärischen Vorgänge in Deutschland genau verfolgten, überrascht von der großen Zahl der Formationen, welche ohne große Schwierigkeit aufgestellt werden konnten, und welche über das Maß hinausgingen, das man für ausreichend gehalten hatte. Wenn wir wieder in ähnliche Situationen kommen sollten, würden wir gleichfalls überrascht werden durch das Maß der Kriegsstärke, das in Deutschland entfaltet werden kann. Solche Schriften, wie die jüngst in Frankreich erschienen unter dem Titel „Vor der Schlacht", wären in Deutschland ganz unmöglich und würden hier gerade den entgegengesetzten Eindruck wie in Frankreich machen. In Frankreich mag man ja damit den Mangel an Selbstvertrauen, der infolge der Niederlagen des letzten Krieges herrscht, ausgleichen wollen, und es mag auch in dem verschiedenen Volkscharakter liegen. Hier machen solche Schilderungen, die in Frankreich sensationell sind, keinen Eindruck. Das System der allgemeinen Wehrpflicht ist bei uns seit Menschenaltern vollständig eingebürgert. Der Bruchtheil der Heeresstärke zur Bevölkerungsziffer in Deutschland und Frankreich mag vom Standpunkt der Militärverwaltung richtig sein, aber ein Argument für Abgeordnete, die sich ein Urtheil bilden sollen, ist er nicht. Eine solche Methode erschwert dem Publikum und den Abgeordneten die richtige Vorstellung, was in den Motiven an Ziffern darüber gegeben ist, ist nicht geeignet, solche Vorstellungen zu korrigiren. Das Licht dann fällt vielmehr schaut um alles, was in den Nachbarstaaten vorhanden ist, während unsere Verhältnisse in ihren Umrissen blasser und weniger klar erscheinen; ja, die Lichteffekte scheinen mitunter in gänzlich auf gewisse Punkte konzentrirt zu sein, daß falsche Vorstellungen leicht entstehen können. Das System der allgemeinen Wehrpflicht ist bei uns weit früher eingeführt als in Frankreich und Rußland. Die Konsequenzen aufgrund der gegenwärtigen Heeresorganisation sind schon zur alten Preußen und in Norddeutschland seit 1867 gezogen, in Süddeutschland seit 1871, während in Frankreich und Rußland die allgemeine Wehrpflicht in der Hauptsache erst seit 1875 eingeführt ist. Die Macht aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht bemißt sich nach der Zahl der Dienstfähigen und der Höhe des Aushebungskontingents. Durch das Landsturmgesetz von 1875 ist die Zahl der Jahre der Dienstpflicht von 12 auf 22 erhöht worden, und die jüngsten Jahrgänge des Landsturms können zur Ausfüllung herangezogen werden. Und diesen 22 Jahren Dienstpflicht stehen nur zwanzig in Frankreich gegenüber. Ein anderes Moment ist der Modus der Aushebung. In den letzten Jahren sind bei uns jährlich 160,000 Mann ausgehoben worden, in Frankreich dagegen nur 154 bis 156,000; und außerhalb unseres Aushebungskontingents haben wir noch 19,000 Mann Ersatzreserve. In Rußland betrug die jährliche Aushebung allerdings im letzten Jahre 250,579 Mann, aber im Verhältniß zur Bevölkerungsziffer ist dies geringer als bei uns. Im richtigen Verhältniß zu seiner Bevölkerungsziffer nach dem Maße unserer Aushebung müßte Rußland mindestens 350,000 Mann ausheben. Die Aushebungsziffer in Rußland ist auch seit 1880 kaum größer geworden, wo sie 250,000 Mann betrug. Der Herr Kriegsminister hat mit Recht hervorgehoben, daß man zunächst an eine Vergleichung der Verhältnisse im Jahre 1880 anknüpfen müsse; aber dann hätte ich gewünscht, daß auch in den Motiven überall dieses Vergleichsmoment festgehalten worden wäre, was jedoch nicht geschehen ist. Bei der Erhöhung im Jahre 1880 meinte die Regierung und der damalige Kriegsminister, daß wir dann den Nachbarstaaten ebenbürtig seien. Wenn die Regierung jetzt weitere Anforderungen stellt, so fragt es sich, ob seit 1880 in Frankreich und Rußland solche Veränderungen erfolgt sind, daß uns eine zwingende Nothwendigkeit erwächst, eine weitere Erhöhung vorzunehmen. Die Vorlage giebt darüber wenig Aufschluß. Indessen sind in der Vorlage von 1880 Angaben über Frankreich und Rußland enthalten, so daß wir nur die Vorlage von 1880 mit der von 1886 vergleichen brauchen. Vergleiche ich die in der jetzigen Vorlage angegebene Zahl der französischen Bataillone Infanterie von 649 mit der in der 1880er Vorlage gegebenen Zahl, so beträgt das Plus der Friedenspräsenz in Frankreich seit 1880 nur acht Bataillone; in der Artillerie ist die Zahl der Batterien um 9 gewachsen. Hätten diese Zahlen in unserer Vorlage gestanden, sie würden nicht solchen Eindruck machen als die großen Ziffern. Und, was die Verhältnisse der französischen Artillerie betrifft, so sind erst 3 Jahre verflossen, seit uns Hr. v. Kameke in der Budgetkommission sagte, daß keine europäische Großmacht im Besitz eines Artilleriematerials sei, mit dem er tauschen möchte. Ueber die französische Friedenspräsenzstärke habe ich 1880 und 1874 von derselben Stelle aus mit den Herren Kriegsministern und militärischen Autoritäten debattirt; es wird auch heute behauptet, man habe sie fortwährend wachsen. Ich habe das Gegentheil gefunden. Es ist mir dabei eine Enttäuschung erganzen. Am 1. März 1880 hat eine militärische Autorität dieses Hauses unmittelbar nach mir die Behauptung aufgestellt, unseren 401,000 Mann in Deutschland stünden in Frankreich 497,000 Mann gegenüber, wie könne man folglich daran noch zweifeln, unsere Friedenspräsenzziffer von 401,000 auf 428,000 zu erhöhen. Ich bestritt dies und es wurde mir sehr verübelt; ich würde mich auch ganz zerknirscht gefühlt haben, wenn ich meiner Sache nicht so sicher gewesen wäre. Heute geht aus der eigenen Vorlage der Regierung hervor, was damals bestritten wurde, daß nämlich die französische Friedenspräsenzziffer nicht 497,000, sondern 444,000 betrug. Und weiter: wenn ich auf die Vorlage von 1874 zurückgehe, so wurde ausgeführt, die französische Friedenspräsenzziffer betrüge 454,000, wir müßten also das Septennat festsetzen. Also schon 1874 wäre die französische Friedenspräsenzziffer auf 454,000 Mann angegeben gewesen, während jetzt die Regierung sie auf 471,000 Mann, das heißt nur um 17,000 mehr angiebt. Der ganze Vergleich aber hat den Fehler, daß das, was Friedenspräsenzstärke ist, in Deutschland und Frankreich anders bezifiert wird. Bei letzterem stecken 26,000 Mann Gendarmerie, Aerzte, Beamte und alle Einjährigen darunter, was bei uns nicht der Fall ist, und außerdem bleiben die wirklich vorhandenen Truppen um 8 Proz. hinter dem budgetmäßigen Satze zurück. Gerade in diesen Tagen hat eine Verhandlung in der französischen Kammer stattgefunden, in der man das Zurückbleiben auf 19,000 Mann angegeben hat. Aehnlich verhält sich der Vergleich mit Rußland; man gewinnt auch dort den Eindruck, daß die ganze Darstellung nicht aktenmäßig klar gestellt ist. In den Motiven heißt es, daß Rußland seit den letzten orientalischen Kriege die Friedenskadres der für einen europäischen Krieg zunächst bestimmten regulären Truppen um 26% Bataillone vermehrt habe. Die Zahl machte mich stutzig und ließ mich studiren. Die Sache steht ja: das Bataillon von heute ist in Rußland nicht mehr das von damals. Damals hatte jedes Regiment drei Bataillone à fünf Compagnien, heute hier à vier Compagnien. Man hat also aus fünfzehn Bataillonen à fünf sechszehn à vier Compagnien gemacht, die Erhöhung ist also nur Ueberhaupt ist das Friedensbataillon bei uns größer als in Frankreich, Rußland und Oesterreich und wenn man dies nicht berücksichtigt, kommt man zu falschen Vorstellungen, sobald man die Ziffer der Bataillone allein Betracht zieht. Stelle ich zum in beiden Vorlagen von 1880 und 1886 die Zahl der Infanteriebataillone gegenüber, so ergiebt sich für Rußland ein Plus von 87 Bataillonen; aber bei näherem Zusehen vermindert sich dies, weil 1880 die Lokaltruppen mit zugerechnet wurden; in den Motiven zu der jetzigen Vorlage ist dies nicht der Fall. Man hat es also nur mit einer andern Aufstellung zu thun, nicht mit einer Veränderung in der Hauptsache. Dann habe ich gefunden, daß die wirkliche Vermehrung der russischen Bataillone 40 gegen über 34 im Jahre 1880 beträgt und daß diese ausschließlich auf die ferner liegenden asiatischen Theile des Reichs entfallen. Hiernach ergiebt sich, daß die Ziffern der Vorlage für sich zu einem klaren Bilde nicht ausreichen. Nun hat man in Frankreich die Friedenspräsenzstärke erhöht; allerdings glaube ich, daß diese Projekte in Betracht kommen. Aber eine Vermehrung des Wehrstandes der Infanterie ist, soweit man hierin klarer sehen kann, nicht vorgesehen. Die Pläne des Kriegsministers Boulanger schließen auf der einen Seite eine verstärkte Aushebung, auf der andern Seite eine Verkürzung der Dienstzeit in sich. Diese Entwürfe hat Boulanger dem gesetzgebenden Körper in Paris bereits in diesem Sommer vor dem Juli unterbreitet. In Frankreich ist man nicht gewohnt, sich gleich einen Termin von zehn Tagen legen zu lassen, die wohin eine Vorlage berathen sein müßte. Dort werden die militärischen Vorlagen sehr eingehend

---

Sie fuhr erschrocken zusammen, gleich darauf kam es wie ein Triumphgeschrei über ihre Lippen: „Dort vollzieht sich die Entscheidung, das war die Stimme des Verräthers, ich kenne sie! Du rufst um Hilfe? So fahre mit Deinem falschen Herzen hinab!"

Nach diesem einen Ruf drang kein Laut mehr zu ihr herüber. Mit weit aufgerissenen Augen und angehaltenem Athem starrte sie auf das Wasser, nichts mehr vernahm ihr Ohr als den Wind, der sich am Ufer brach, und das Schäumen der Wellen. Sie schritt bis an das äußerste Ende des Steges, als wenn sie dadurch dem Schauplatz der That um ein Wesentliches näher gerückt sei, und strengte ihre Sinne abermals an, aber ebenso vergebens. Auch der Schatten, den sie noch soeben zu sehen geglaubt hatte, war verschwunden. Die Wogen hatten hier schon mehr Gewalt, sie bespritzten ihr die Kleider und nützten ihr die Füße. Sie rührte sich nicht.

Der kommende Tag schickte die ersten schwachen Lichtschimmer über das Wasser, sie wuchsen mehr und mehr, der Morgen brach an und hell und heller ward es rings umher. Noch immer stand Frau v. Sonns auf dem Steg und blickte in die Fluth.

„Ha, was ist das?" rief sie aus und sah unverwandt auf eine dunkle Masse, die von den Wogen auf und nieder geschleudert wurde. Noch war sie nicht zu erkennen, aber bald stellte es sich heraus, daß es ein mit entfaltetem Segeln umgeschlagenes Boot war.

Und da — schon in nächster Nähe trieb ein kleiner Gegenstand heran, mit dem die Wellen ihr Spiel trieben. Obgleich hohl und lufthaltig, war er ihnen doch zu schwer, um ihn bald auf ihr schaumgekröntes Haupt zu heben, bald in den Abgrund zu schleudern, sondern sie führen matt über ihn hin, so daß er nur immer in Zwischenräumen sichtbar war.

Es war ein ähnlicher Ton, wie vorhin, den Gabriele ausstieß, sie erkannte den schwarzen Kasten.

„Das ist der rechte!" rief sie mit verklärten Augen, „so wird mein Harren hier doch noch belohnt! Nun bin ich wieder Gabriele v. Sonns, die Erbin von Hellenhorn, und wehe dem, der mich nicht anerkennt! Doch wie? Sind die, die Dich erwürgten, ebenfalls ins nasse Grab gesunken? Ihr habt es nicht verdient um Euren Ritterdienst, aber — mein Herz bricht dennoch nicht."

Der kleine Gegenstand kam näher und näher, gerade auf den Steg zu, auf dessen nassen Brettern Gabriele jetzt niederkniete, um den schwarzen Kasten mit den Händen aus dem Wasser zu heben, was ihr nach manchem vergeblichen Bemühen endlich gelang. (Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18861205020/fragment/page=0002

und lange berathen. Die militärische Vorlage befindet sich noch im Ausschuß des gesetzgebenden Körpers. Man hat vorläufig wesentlich nur die Dienstzeit behandelt. Wenn man nun die Urtheile der Korrespondenten unserer militärischen Blätter hört, so wäre in Frankreich wenig Stimmung vorhanden, sich auf die weitschichtigen Pläne des Kriegsministers einzulassen. Nun sagt man: wenn Frankreich so umfassende Aenderungen seiner militärischen Organisation vornehmen will, so kann der Ausbruch eines Krieges unmöglich nahe liegen. Die Stimmung ist also dort für jene Vorlagen nicht besonders günstig; ob sie sich noch ändert infolge der unsrigen, kann ich nicht beurtheilen. Würden wir diese Vorlage hier und würde dort die Vorlage Boulanger's sich verwirklichen, so würden wir uns gegenseitig emporgeschraubt haben, während die Verhältnisse beider Länder sich nahezu das Gleichgewicht hielten, wie vorher. Wenn wir nun bezüglich der verstärkten Aushebung unsere Blicke auf Frankreich richten, so könnten wir dies auch bezüglich des andern Theiles der Projekte, welche von einer Verkürzung der Dienstzeit handeln. Von dem französischen Heere dienen zwei Drittel 40 Monate, ein Drittel nur 10 Monate. Minister Boulanger hat nun allen denjenigen, welche eine gewisse Vorbildung nachweisen, von vornherein ein Recht zu erkennen wollen, nach zweijähriger Dienstzeit entlassen zu werden. Der Ausschuß des französischen gesetzgebenden Körpers hat nun, so viel ich weiß, allerdings beschlossen, diese zweijährige Dienstzeit zuzulassen für alle diejenigen, welche nach Ablauf der zweijährigen eine gewisse militärische Qualifikation erlangt haben. Kommen die Pläne des Ministers Boulanger vollständig zur Durchführung, so wird sich die Dienstzeit wie folgt herausstellen: ein Theil hat eine zweijährige zurückzulegen, welche um zwei Monate verkürzt wird wegen der Rekrutenvakanz, der andere eine dreijährige, die sich auf dieselbe Weise verkürzt; dazu kommen die Wintermanquements. Ist dies richtig, so würde ein Theil der Armee 22, der andere 28 Monate dienen, und im Dienst würde eine Durchschnittszeit hervortreten, die in der That der zweijährigen Dienstzeit nahe kommt. Wir sind auf diese Fragen bei den einzelnen Berathungen eingegangen und müssen auch hier wieder aufs neue die Sache zur Sprache bringen. Die Frage der gesetzlichen Einführung der zweijährigen Dienstzeit können wir nicht aufgeben, und wir sind auch überzeugt, daß sie in nicht allzu ferner Zeit zur Verwirklichung kommen wird. Sie steht nicht im Widerspruch mit der Organisation unseres Heeres. Das hat der Kriegsminister v. Kameke ausdrücklich im September 1862 anerkannt in dem Augenblicke, da man nahe daran war, auf Grundlage einerseits der zweijährigen Dienstzeit, andererseits der damaligen Reorganisation im preußischen Abgeordnetenhause eine Einigung herbeizuführen. Man sagte damals, die allgemeine Wehrpflicht erheische, daß niemand ausfalle, die Last solle auf möglichst viele Schultern vertheilt werden. Das klingt ja sehr ideell und schön, die Sache sieht aber doch vom Standpunkt der Familie ganz anders aus; denn wird die jährliche Aushebung um viele Tausende verstärkt, so ist die Folge davon, daß an vielen Stellen von drei Söhnen auch noch der dritte genommen wird. Auf diese Weise aber wird im Volk immer mehr der Gedanke lebendig, daß das dritte Jahr erlassen werden muß, sodaß der erste Sohn bereits freikommt, wenn der dritte zu dienen anfängt. Es ist dies eine Frage, welche diejenigen sozialen Schichten, aus denen sich der Reichstag fast ausschließlich zusammensetzt, wenig berührt, denn dieselben haben in der Regel die Berechtigung zum einjährigen Dienst. Umsomehr sind wir verpflichtet, die Interessen der anderen wahrzunehmen. Erwägen wir doch, daß diese Klassen, denen durch die neuen indirekten Steuern eine Last von 180 Mill. M. aufgelegt worden ist, eine starke neue Last in erster Linie zugeschoben erhalten. Die neue sozialpolitische Gesetzgebung rühmt sich gerade, die Verhältnisse dieser Klassen zu verbessern. Das Beste wäre es aber, wenn jemand in jüngeren Jahren soviel erübrigt, daß er aus eigenen Mitteln für das Alter sorgen kann, und ob er etwas erübrigt, das hängt davon ab, ob er in der Jugend weiterkommt. Das Maß der Ausbildung ist aber in allen diesen Schichten abhängig von der Dauer der Dienstzeit. Mit Recht wird jetzt die Ausbildung des Handwerkers betont, und man spricht von der Noth der Landwirthschaft. Wird nicht aber gerade der Handwerker und die Landwirthschaft durch verstärkte Aushebung in erster Linie getroffen, und liegt nicht der Versuch im Vordergrund, einen Ausgleich in Bezug auf die Dienstzeit herbeizuführen? Es ist durchaus nicht richtig, wie Graf v. Moltke sagt, ob 3 Mann 2 Jahre oder 2 Mann 3 Jahre dienen, denn das dritte Dienstjahr wiegt viel schwerer. Je länger die Unterbrechung dauert im bürgerlichen Erwerbe, desto schwerer fällt es dem einzelnen, sich in bürgerlichen Verhältnissen wieder zurecht zu finden. Ich könnte auch meinen, daß vom militärischen Standpunkte die Dispositionsurlauber Bedenken erregen; sie werden immer viel Mißstimmung unter denen hervorrufen, welche weiter dienen müssen. Das schädigt doch schließlich die militärische Disziplin. Ferner ist doch nicht wegzuleugnen, daß die Soldaten vielfach zu Dingen verwendet werden, die mit dem militärischen Dienste nichts zu thun haben, als Burschen, Handwerker, Köche u. s. w. Nun kann man uns ja entgegnen, jetzt sei keine Zeit zur gesetzlichen Festsetzung der zweijährigen Dienstzeit; wo aber der Wille ist, da giebt es auch einen Weg. Die Regierung von 1862 ließ sich auch damals zu Erleichterungen bewegen, denn die heutige Dienstzeit ist nicht mehr so lang, wie die von 1862. Ueber die finanzielle Seite der Vorlage mich auszulassen, kann ich umsomehr unterlassen, als ja die Sache in der Budgetkommission bei Gelegenheit der Etatsberathung doch aufs eingehendste besprochen werden muß. Nur darauf will ich hinweisen, daß die 40,000 Mann neue Truppen auch neue Kasernements brauchen, und daß, so lange diese nicht vorhanden sind, die Truppen als Einquartierung den Bürgern zur Last fallen. Der Herr Kriegsminister hat auf den französischen Etat hingewiesen, er beträgt 559 Mill. Frcs., und wenn man die 40 Mill. Frcs. für die Gendarmerie abzieht, dann ist derselbe 20 Proz. höher als der unsrige. Das steht aber in keinem Verhältnisse zu den höheren Aufwendungen, welche Frankreich wegen höherer Naturalpreise zur Truppenunterhaltung zu machen gezwungen ist. Sieht man unsern Etat näher an, so findet man die überraschende Thatsache, daß alle unsere Zölle und Steuern nicht ausreichen, um die Bedürfnisse des Heeres und der Marine zu decken. (Hört! hört! links.) Und doch spricht der Finanzminister, wenn es sich um Aufwendungen für den Civildienst handelt, stets davon, daß wir kein Geld haben, es müssen erst neue Einnahmequellen eröffnet werden, um die „karge, verschlossene Hand" wieder in eine offene, freudig gebende zu verwandeln. Die Vorlage beruht in ihrer Forderung der Mannschaft auf einer mathematischen Formel, die an sich gar keine Berechtigung hat: man fordert 501,000 Mann oder 1 Proz. der Bevölkerung von 1885. Warum gerade 1 Proz. und warum nach der neuesten Zählung? Das eine Prozent beruht lediglich auf Herkommen aus der Pauschquantum-Zeit, und nicht nur die Gegner, sondern auch diejenigen, welche die Erhöhung der Präsenzziffer bewilligen wollen, sollten diesem Herkommen gegenüber vorsichtig sein, damit sich nicht nach und nach ein Recht herausbilde, die Präsenzziffer überhaupt dauernd mit dem Wachsthum der Bevölkerung steigen zu lassen. Nach vielen Richtungen hin herrscht noch tiefes Dunkel und wir bedürfen der ausführlichsten Mittheilungen in der Kommission, um uns ein sicheres Urtheil zu verschaffen. Die Frage der Zeitdauer der Festsetzung ist diesmal gewissermaßen in die zweite Linie gerückt, aber ich muß doch sagen, ich weiß nicht, weshalb man die siebenjährige Festsetzung gerade als Dogma festhält? Sie erklärt sich doch lediglich historisch, ein Recht ist auch hier nicht vorhanden. Man wählte damals 7 Jahre gewissermaßen als Parallele zu dem französischen Septennat des Präsidenten General Mac Mahon. Damals im Jahre 1875 hat der Gedanke durchaus nicht vorgeherrscht, die Sache solle sich immer wiederholen. Die Regierung hat überhaupt jetzt selbst das „Dogma" des Septennats durchbrochen, indem sie schon nach 5½ Jahren mit der neuen Forderung auftritt. Es dürften also um so weniger Bedenken vorliegen, auf eine geringere Anzahl von Jahren die Präsenzziffer zu fixiren. Was uns betrifft, so verlangen wir prinzipiell einjährige Festsetzung der Präsenzziffern; denn meine politischen Freunde sind der Meinung, daß eine einjährige Festsetzung der Friedenspräsenzstärke vom Standpunkt der Volksvertretung sowohl wie der verbündeten Regierungen als das naturgemäßeste zu betrachten ist. Darin stimmen wir alle überein, daß dies das richtige und normale Verhältniß ist. Andererseits sind wir der Meinung, daß in der Hauptsache konstitutionellen Rücksichten genügt wird, wenn die Festsetzung nicht über drei Jahre hinausgeht. Eine einjährige Festsetzung ist diejenige, die sich den jedesmaligen Etatsverhältnissen am besten anpassen läßt. Die einjährige Festsetzung ist diejenige, die in unserer Marine das geltende Recht bildet, ohne irgendwie nach einer Seite Schwierigkeiten oder Schaden mit sich gebracht zu haben. Sie ist auch diejenige, die in allen großen Staatengebieten — Rußland hat überhaupt keine Verfassung und kein konstitutionelles Recht — die militärisch mit uns verglichen werden können, gilt.

Nur zwei Worte noch zum Schluß. Die Ueberzeugung, daß wir ein starkes Friedensheer zur Vorbildung für den Krieg haben und für absehbare Zeit auch erhalten müssen, diese Ueberzeugung durchdringt alle Volksschichten. Nur dasjenige, was in Bezug auf das Maß und den Umfang dieser Präsenzstärke erforderlich ist, ist zwischen den Parteien streitig. In einem Lande der allgemeinen Wehrpflicht und auch zugleich des allgemeinen Wahlrechts ist es doppelt erforderlich, daß das Maß der Opfer für die allgemeine Wehrpflicht in Uebereinstimmung gehalten wird mit dem Bewußtsein des Volkes von der Nothwendigkeit dieser Opfer. (Sehr wahr! links). Je lebendiger dieses Bewußtsein erhalten wird, desto opferwilliger, freudiger und bereitwilliger werden die Opfer aus der allgemeinen Wehrpflicht getragen werden im Interesse der Sicherheit unseres Vaterlandes, die allen Parteien gleichmäßig am Herzen liegt. (Beifall.)

Kriegsminister v. Bronsart: Es liegt gar nicht in meiner Absicht, jetzt eingehend auf die Aeußerungen des Abg. Richter zu antworten. Ich behalte mir vor, auf die allgemeinen Punkte in seiner Rede vielleicht morgen einzugehen, nachdem ich von anderen Seiten des Hauses Stimmen über die Vorlage gehört habe. Dagegen liegt mir doch daran, in einigen Punkten dem Abg. Richter entgegenzutreten, damit das Aufkommen einiger Mißverständnisse ausgeschlossen ist. Der Abgeordnete hat bezügl. meines Wunsches, die Vorlage möglichst bald zu erledigen, — ein Wunsch, den ich schon deswegen nicht für ungerechtfertigt halte, als die Vorlage vor 7 oder 6 Jahren auch in etwa 7 Kommissionssitzungen erledigt worden ist — gesagt, weshalb wäre denn die Vorlage nicht früher eingebracht worden? Ich kann ihm versichern, daß die Entschließung, diese Vorlage zu machen, welche vom 1. April 1887 an giltig werden soll, erst in den allerletzten Tagen vor der Berufung des Reichstags gefaßt worden ist, (Hört! hört! links) und daß also in dieser Beziehung nichts versäumt werden konnte. Die Motive lagen eben in der Entwicklung der immer drängender sich gestaltenden auswärtigen Verhältnisse. (Hört! hört!) Ferner hat der Abg. Richter in Bezug auf die Zahlen in den Motiven der Vorlage gesagt, nachdem diese Begründung einmal in die Oeffentlichkeit gekommen wäre, wäre es auch erforderlich, die Zahlen hier einer Erörterung zu unterziehen. Das versteht sich ja von selbst. Aber ich bin ebensowenig wie irgend einer der anderen Herren Regierungskommissare in der Lage, auf die Berechnungen, die jetzt der Abg. Richter vorgetragen hat, mit meinen Zahlen ohne weiteres zu antworten, und ich glaube, der Abgeordnete Richter würde sich selbst in einer schwierigen Lage befunden haben, wenn etwa im Moment der Eröffnung der Diskussion die Begründung der Vorlage Ihnen vorgelegt worden wäre. Lägen mir die Berechnungen und Zahlen des Abg. Richter seit einigen Tagen vor, so würde ich imstande sein, auf kalkulatorischem Wege seine Zahlen einer Erörterung zu unterziehen. Ich glaube aber — und ich komme damit auf das vorhin von mir Ausgesprochene zurück — daß diese Auseinandersetzungen am besten in der Kommission geschehen können. (Sehr wahr! rechts.)

Der Abg. Richter hat uns bei seinem Mißtrauen, welches er den Zahlen der Vorlage entgegengebracht hat, mehrere Unterlassungen vorgeworfen. Ich kann dem Abgeordneten versichern — und es wird ihm in der Kommission dargelegt werden — wir haben in der allersorgfältigsten Weise eine Kalkulation angestellt. Wir haben die Sache ziffermäßig dargelegt und ich habe das Zahlenmaterial metallographiren lassen, die Herren werden es in der Kommission in die Hände bekommen. Daraus erklärt sich auch vielleicht, daß ein gewisser Unterschied besteht zwischen den Angaben dieser und der früheren Vorlagen. Ich meine, es ist an sich kein Vorwurf für eine neue Vorlage, wenn sie mit Vorlagen aus früherer Zeit in ihren Angaben nicht genau übereinstimmt. Man wird uns zugestehen müssen, daß wir redlich bemüht gewesen sind in der Erkenntniß der Organisationsverhältnisse der fremden Armeen. Weitere Fortschritte in dieser Richtung führen natürlich unter Umständen zu anderweitigen Angaben. Dann hat der Abgeordnete mit einer, wie soll ich sagen, gewissen Geringschätzung vom Finanzminister gesprochen, der einen Vergleich angestellt hat über den Prozentsatz des preußischen ideellen Militärbudgets und das gesammte preußische Budget. Der Abg. Richter hat gesagt, wir hätten thatsächlich in Bezug auf das preußische Militärbudget die großen Etablissements und die Gelder der Kriegskontribution mit in Einrechnung gestellt. Wir sind aber unsererseits ganz entgegen der Behauptung des Abg. Richter verfahren. Wir haben gerade sämmtliche einzelne Betriebsausgaben als fortlaufende Posten betrachtet und das ganz genau auf den Standpunkt gestellt, daß das preußische Budget reduzirt wird auf diejenigen Posten, welche nicht aus den Einnahmen der einzelnen Verwaltungen hervorgehen, sondern lediglich begründet werden durch die zu zahlenden Steuern. Dann hat der Abg. Richter gesagt, daß der finanzielle Effekt der Maßregel doch ein sehr bedeutender wäre und daß derselbe sämmtliche Einnahmen des Deutschen Reiches aus Zöllen und Steuern ausmache — so glaube ich ihn wenigstens verstanden zu haben. Wenn das richtig sein sollte, so sieht ja einmal die Verfassung den Fall vor, daß die Ausgaben einmal größer sein werden! Aber wenn man einmal solche Vergleiche anstellt, so wird man mir auch erlauben, auf folgendes hinzuweisen: In Rußland werden allein aus der Getränkesteuer die ganzen Kosten für Armee und Flotte bestritten. (Große Heiterkeit rechts.) Nur kommt es nun wirklich darauf an, daß wir aufgrund der thatsächlich bestehenden Verhältnisse in Uebereinstimmung kommen mit dem, was für erforderlich zu halten sein wird; Dann hat der Abg. Richter mir persönlich eine Außerachtlassung des finanziellen Standpunkts vorgeworfen. Nun, ich habe ja ausgesprochen, daß ich glücklich bin, nicht persönlich das Geld für die nöthigen Mehrausgaben beschaffen zu müssen. Ich habe dies gethan mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die Etatberatung der letzten Tage, und ich möchte an das ganze Haus die Anfrage richten, ob einer von den Herren ein besonderes Glück dabei empfinden würde, Finanzminister zu sein. (Große Heiterkeit.) Ich habe meinerseits den finanziellen Standpunkt gar nicht vollständig verleugnet, sondern mich bemüht, nach besten Kräften auch diesem gerecht zu werden. Denn das weiß ich auch recht gut, daß es mit eine der allerersten Pflichten des Kriegsministers ist, bei nothwendigen Ausgaben, die er zu fordern verpflichtet ist, wenn er seiner Verantwortung dem Lande gegenüber gerecht werden will, trotz alledem so viel wie möglich zu sparen. Ich spreche dabei gar nicht von mir allein. Ich habe eine sehr wohl geregelte Verwaltung übernommen, und Verschwendung ist uns bisher nicht vorgeworfen worden, sondern im Ganzen Anerkennung vielfach ausgesprochen worden selbst von den extremsten Parteien, daß mit den vorhandenen, uns zur Disposition gestellten Mitteln sehr viel geleistet würde und es also Schwierigkeiten haben würde, bei denselben Leistungen weniger Mittel auszugeben. (Beifall.)

Abgeord. Graf v. Saldern-Ahlimb (kons.): Das Volk hat bisher mit Vertrauen auf die Ausbildung und Disziplin der Armee hingesehen und dies Vertrauen müssen wir ihm erhalten. Nun aber tritt mit Rücksicht auf die Maßregeln der Nachbarstaaten Rußland und Frankreich auch an uns die Nothwendigkeit heran, die Heeresstärke zu erhöhen. Die Nothwendigkeit der Erhöhung der Präsenzstärke ist uns zahlenmäßig nachgewiesen, und wir haben daher keinen Grund, sie nicht anzunehmen. Wir von unserem Standpunkte aus würden am liebsten eine dauernde Festsetzung der Präsenzstärke sehen; jedenfalls muß sie für einen möglichst langen Zeitraum eintreten, da sie nur dadurch der fortwährenden Diskussion entzogen wird. Die Verallgemeinerung der Dienstpflicht ist auch durchaus für die weiteren Kreise des Volkes kein Nachtheil; denn der Heeresdienst ist eine Vervollkommnung und Festsetzung der in der Schule begonnenen Erziehung. Die Erhöhung der Präsenzziffer etwa von der Einführung der zweijährigen Dienstpflicht abhängig machen zu wollen, wäre ein verhängnißvoller Fehler, ein Eingriff des Reichstags in die Heeresverwaltung, den wir nicht begehen dürfen. Die dreijährige Dienstpflicht hat sich durchaus bewährt und wird von allen Autoritäten für nothwendig erklärt. Ich gebe zu, daß die Vorlage uns erhebliche finanzielle Opfer auferlegen wird; aber wenn der Kriegsminister, wie er in Aussicht gestellt hat, in der Kommission welche aus 28 Mitgliedern zusammenzusetzen ich beantrage, uns weitere Daten giebt und die Nothwendigkeit der Vorlage nachweist, so sind wir bereit, sie im Interesse der Sicherheit des Landes zu bewilligen. (Beifall rechts.)

Abg. Payer (Volkspartei): Die Vorlage bis Weihnachten fertig zu stellen, wird sehr schwer sein. Wenn für das Septennat als Grund angeführt ist, daß vielleicht ein späterer Reichstag die nothwendigen Mittel nicht gewähren wird, so frage ich: womit will die Regierung das begründen? Hat der Reichstag nicht noch immer alle wichtigeren Anforderungen der Militärverwaltung bewilligt? Zur Begründung der Vorlage hat man sich auf das Gebiet der hohen Politik begeben, und da habe ich mich gewundert, daß man nicht bloß Frankreich als den möglichen Feind hinstellt, sondern auch Rußland. Wie stimmt dies zu den Kaiserzusammenkünften der letzten Zeit, wie zu unserer schwächlichen Haltung in der bulgarischen Frage? Aber wenn wir wirklich einmal in die Lage kommen sollten, gegen Frankreich und Rußland zugleich kämpfen zu müssen, da müssen wir doch fragen, wie würde sich dann Oesterreich-Ungarn stellen? Haben wir denn dann nicht auf seine Hülfe zu rechnen? Darüber schweigen sich die Motive vollständig aus! Wenn wir darüber nicht einmal Gewißheit haben, da waren, das muß ich sagen, die Verhältnisse unter dem Bundestage, wie sie auch sonst gewesen sein mögen, doch ganz anders. Wenn auch das Militär damals nicht so gut war, schon durch das bloße Gewicht der Masse hatten die deutschen Staaten damals eine Bedeutung. Das ist die Folge des unglückseligen Bruderkrieges von 1866, daß es von einem Staate, dessen Gemeinsamkeit der Interessen mit uns unzweifelhaft ist, in Frage kommen kann, ob er gegen oder mit uns stehen wird. (Unruhe.) Aber der Reichskanzler läßt ja die Volksvertretung im Unklaren über seine auswärtige Politik. So war es bei der Karolinenfrage, so in der unbegreiflichen Haltung gegenüber Bulgarien. Ich will nicht sagen, daß in Bezug auf die letztere Fehler gemacht worden sind; ich kann nicht beurtheilen, welche Gründe der Reichskanzler zu seiner Haltung gehabt hat. Aber es ist doch charakteristisch, daß das auswärtige Amt den Reichstag, vor dessen Forum es doch auch gehört, vollständig im Dunkeln über seine Politik läßt.

Was die von uns verlangten Opfer betrifft, so ist es durchaus zu verlangen, daß auch, wenn ihre Nothwendigkeit nachgewiesen wird, vor allem auch für eine Deckung der Ausgaben gesorgt wird, wenn wir die Ausgaben bewilligen sollen. Prinzipiell sind wir für eine Erhöhung der Präsenzziffer, denn sie ist ein weiterer Schritt zu der von uns immer verfochtenen Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht, zur Schaffung eines wahren Volksheeres. Aber die Erhöhung der Präsenzziffer darf nicht erkauft werden durch eine weitere Belastung des Volkes, welches trotz dem Finanzminister mit seinen Monopolen eine solche Belastung nicht ertragen kann. Wir müssen darauf bestehen, daß eine Ausgleichung eintritt durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Ich habe alle Achtung vor unserer Militärverwaltung; aber wir dürfen nicht allein den Anschauungen einseitig militärischer Persönlichkeiten folgen, welche sich auch in technischen Fragen irren können. Das haben wir beim Nordostseekanal gesehen, dessen Bau jetzt die Kriegsverwaltung verlangt hat, während früher Graf Moltke sich dagegen ausgesprochen hat. Ich bin überzeugt, daß, wenn man ernstlich Ersparungen machen, wenn man ernstlich an die Frage der zweijährigen Dienstzeit herangehen will, diese sich recht gut wird einführen lassen. Wir werden dann Mittel erhalten zur Ausführung anderer nothwendiger Ausgaben, wir werden dann aus dem unerträglichen Zustande herauskommen, der jetzt in Europa herrscht, daß ein Staat immer den andern zu höheren Ausgaben treibt, und dies wird sicherlich unserem Vaterlande nur zum Besten gereichen. (Beifall links.)

Die weitere Berathung wird darauf auf Sonnabend 12 Uhr vertagt. Schluß 4¾ Uhr.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse, 3. Dez. (Wochenbericht der Saale-Ztg.) Wer in den jüngsten Tagen Zeuge der an unserer Fondsbörse stattgehabten Verkehrsentfaltung gewesen ist, hätte leicht zu der Annahme gelangen können, daß wir in einer Periode hoher wirthschaftliche Blüthe uns befinden. Reger Umsatz vollzog sich auf den meisten Marktgebieten und die Hoffnung auf eine weitere Vermehrung und Ausdehnung desselben war eine allgemeine. Die leitenden Finanzinstitute ließen alle Register spielen, um eine Erlahmung der spekulativen Spannkraft zu verhindern und mit sichtbarem Erfolg wurde die Heranziehung des Privatkapitals zur Theilnahme an den Börsengeschäften versucht. Die Aufträge aus den Provinzen wurden zahlreicher, die Scheu des Publikums vor der Erwerbung von Papieren, die der Rentengattung nicht angehören, schien gebrochen zu sein. Für Beeinflussungen ungünstiger Art zeigt man nur selten Empfänglichkeit, die politischen Verhältnisse fanden deshalb keine Berücksichtigung und selbst der am Montag eingetretenen Erhöhung des offiziellen Bankdiskonts, welche angeblich durch größeren Goldabfluß verursacht sein soll, wurde eine besondere Beachtung nicht geschenkt. Der Geldstand hat allerdings eine die Spekulation befördernde Gestaltung angenommen, indem der Privatdiskonto, welcher vorübergehend die Höhe von 3⅜ Proz. erreicht hatte, auf 3 Proz. wieder zurückgegangen ist und tägliches Geld zu sehr mäßigen Bedingungen erhältlich bleibt, obgleich schon jetzt Reserven zur Befriedigung des mit dem Jahreswechsel verbundenen Geldbedürfnisses vielfach gelegt werden. Unverträglich mit diesem vorsichtigen Verfahren erscheint das Gebahren mehrerer unserer hervorragendsten Emissionsinstitute, die den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit auf die Zuführung neuer ausländischer Werthschriften verlegen zu wollen scheinen. Der hervorragendste Akt dieser Art war die am Montag vollzogene Einführung der spanischen Exterieurs, die mit 66—67 Proz. bezahlt wurden und nur als Vorläufer des Zuflusses anderer spanischer Werthpapiere betrachtet werden. Einstweilen dürfte diese Kategorie von Effekten lediglich nur Objekte des Spekulationsverkehres bleiben, in Zeiten geschäftlicher Bedrängniß werden dieselben aber doch Grund zu Belästigungen unseres Platzes werden können, wenngleich das Cirkulationsgebiet der spanischen Renten ein recht großes ist. Von den übrigen ausländischen Anleihen erfreuten sich die 4proz. Egypter, welche ¼ Proz. verloren, sowie Italiener, die 0,70 Proz. gewonnen haben, ziemlich guter Beachtung. Ein sehr unregelmäßiger Verkehr entwickelte sich in den Russischen Fonds, welche zumeist eine Kleinigkeit zurückgehen mußten, da Gerüchte im Umlauf waren, nach welchen in Paris der Abschluß einer neuen Russischen Anleihe versucht sein sollte. Die Oesterreichisch-ungarischen Renten wurden bei zeitweise gutem Handel etwas besser bezahlt, während die Preußischen und Deutschen Anleihen, obwohl ziemlich fest tendirend, sehr wenig Beachtung und nur ganz geringe Preisverschiebungen erfuhren. Sehr regen Verkehres erfreuten sich die Bankaktien, von welchen Oesterr. Kreditaktien im Vordergrunde standen und im Hinblick auf mannichfache, von der Oesterr. Kreditanstalt in Angriff genommene größere Finanzoperationen 9½ M. höher gesetzt wurden. Großes Geschäft hatten auch die Antheile der Berliner Handelsgesellschaft aufzuweisen, welche um

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18861205020/fragment/page=0003

161 bis 163½ Proz. avanciren. Diskonto-Kommandit-Antheile gewannen bei ziemlich schwunghaftem Umsatz 1,15 Proz. und Reichsbank 0,40 Proz., dagegen mußten Darmstädter Bank 0,65 Proz. nachgeben. Vielfachen Kursschwankungen unterlagen die Montanwerthe, welche unter dem Einflusse widerspruchsvoller und unkontrollirbarer Meldungen, welche bald von der angebahnten Wiederherstellung des internationalen Schienenkartells, bald von einem Scheitern der bezüglichen Bestrebungen zu berichten wußten, sich auf- und ab-bewegten, generell aber einer sehr günstigen Meinung begegneten und der Mehrzahl nach mit Avancen endigen, da die im Westen wie im Osten Deutschlands thatsächlich eingetretene Erhöhung der Eisenpreise allen Manövern der Contremine gegenüber zur vollen Würdigung gelangte. Laurahütte gewannen 2 Proz., Dortmunder Union 1 Proz. und Bochumer Gußstahlwerk ¼ Proz. Auch die übrigen Industriepapiere bewegten sich zumeist in steigender Richtung, namentlich waren die Aktien der Spinnereien, der Baugesellschaften, der Maschinenfabriken und der chemischen Anstalten in guter Frage. Von den schweren Papieren dieser Spezialitäten sind Schwartzkopff-Maschinenfabrik von 418,75 auf 412,10 gefallen, Grusonwerke von 154 auf 161¾ gestiegen, Schering'sche Fabrik von 610 auf 606 gesunken, Patzenhofer Brauerei gingen von 808 auf 815. Eine matte Haltung bekundeten die inländischen Eisenbahnaktien, von denen Aachen-Jülicher wegen des resultatlosen Verlaufes der letzten Generalversammlung 6 Proz. und Mecklenburger wegen Befürchtungen bezüglich der dieser Bahn drohenden Konkurrenzlinien 3¾ Proz. nachgeben mußten, gleichzeitig wurden bei ganz winzigem Geschäft Mainzer um 1,80 Proz., Ostpreußische Südbahn um 1 Proz. und Marienburg-Mlawkaer um 0,90 Proz. gedrückt. Die Oesterreichischen Transportwerthe entbehrten wiederum der Einheitlichkeit in der Tendenz wie in der Kursbewegung; während Franzosen 9½ M. und Elbethalbahn 4 M. zurückgingen, konnten Lombarden 4 M. avanciren. Die Russischen wie die Schweizerischen Bahnen haben bei sehr stillem Umsatz zumeist etwas nachgegeben. —

Das Geschäft an unserer Getreidebörse war Anfangs der beendeten Woche ziemlich lebhaft, bewegte sich aber später in sehr beengten Grenzen, da neue Anregungen zu weiterem Vorgehen nicht vorhanden waren. Die feste Haltung der Amerikanischen, Englischen und Französischen Weizenmärkte wirkte auf unseren Platz in so weit zurück, daß Weizen, welcher in feinen Qualitäten wenig zugeführt war, zu besserer Beachtung und zu wesentlich erhöheten Preisen gelangte, zu welchem Resultate auch der Eindruck, welchen die jüngste Aufnahme der hiesigen Bestände gemacht hat, beigetragen haben dürfte. Der Artikel gewann per Frühjahr 1¼ und per Mai-Juni 2¼ M. Roggen konnte dem gegenüber seinen Preisstand nicht behaupten und mußte auf beide Termine ¾ M. zurückgeben, obgleich die Russischen Anerbietungen nach hier erfolglos blieben und der Schluß der Schifffahrt durch den nunmehr stattgehabten Eintritt von Frostwetter wesentlich näher gerückt erscheint und unsere Mühlen noch immer sehr reichliche Beschäftigung haben. Das große hiesige Lager läßt indeß eine nachhaltige Besserung der Preise nicht aufkommen und giebt immer wieder Anregung zu neuen Abgaben auf spätere Termine. Hafer war wieder über Bedarf zugeführt, konnte aber dennoch per Mai-Juni ½ M. gewinnen, weil Abgeber einige Zurückhaltung zeigten. Roggenmehl war in guter Frage, Kleie wurde etwas billiger erlassen, war aber nur wenig im Verkehr. Weizenmehl hatte nur in billigen Marken einigen Umsatz. — Petroleum fiel der früheren Vernachlässigung anheim, wurde aber 0,10 M. höher notirt. — Rüböl konnte trotz sehr geringen Verkehres und ungeachtet nachgebender auswärtiger Notirungen seinen letzten Preisstand behaupten. — Die Loco-zufuhr von Spiritus war nicht erheblich und fand bei Fabrikanten gute Aufnahme. Das Geschäft auf Termine blieb sehr beschränkt und der Versandt ruhete gänzlich. Der Preis des Artikels, bezüglich dessen Produktion auf eine Einschränkung gerechnet wird, schließt per loco 0,10 M. und auf spätere Sichten 0,20—0,30 M. höher.

Waaren- und Produktenberichte.

Zucker.

* London, 3. Dez. (Telegr.) Havannazucker Nr. 12 12 nom. Rüben-Rohzucker 10¾ matt. Centrifugal Cuba —.

Magdeburger Börse vom 3. Dez.

Rohzucker I. Produkt:
Transito f. a. B. Hamburg.
Dez. 10.82½ bez., —.— Br., 10.80 G.
Januar 11.00 bez., —.— Br., —.— G.
Jan.-März —.—, —.—, 11.07½ bez., —.— G., 11.10 Br.
Febr.-März 11.15, —.— bez., —.— Br., —.— G.
April-Mai 11.40—11.37½ bez., — Br., —.— G.
Tendenz: Stetig.
Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Magdeburger Börse, 3. Dez., mittags. Rohzucker. Während des größeren Theils der vergangenen Woche verkehrte unser Markt ununterbrochen in fester vertrauensvoller Haltung. Das recht bedeutende Angebot wurde von den heimischen Raffinerien sowohl als von dem Export gleich willig aufgenommen und die letztnotirten, wenn es sich um besonders passende, frachtgünstige Parthien handelte, auch wohl 10 Pfg. höhere Preise, schlank bewilligt. Seit gestern macht sich eine schwächere Stimmung fühlbar. Umgesetzt wurden ca. 286,000 Ctr. Raffinirter Zucker. Bei vollständig unverändert, schon in den vorhergehenden Berichten geschilderter, ruhiger, aber fester Tendenz unseres Marktes wurden für raffinirten Zucker gut behauptete vorwöchentliche Preise erzielt. Melasse effektiv: bessere Qualität, zur Entzuckerung geeignet, 42—43° Bé. (alte Grade) excl. Tonne 4,90 bis 4,50 M., 80—82 Brix. excl. Tonne 4—4.50, geringere Qualität, nur zu Brennereizwecken passend, 42—43° Bé, (alte Grade) excl. Tonne 2.50—3.20 Unsere Melasse-Notirungen verstehen sich auf alte Grade (42°=1.4118 spez. Gewicht).

Ab Stationen:

Granulatedzucker, incl.		—	M. per 50 kg
Krystallzucker I.,	über 98 %	—24.20 „	do.
do. II.,	„ 98 „	22.30— „	do.
Kornzucker, exkl.,	von 96 „	— „	do.
do. „	„ 96 „	19,80—20,10 „	do.
do. „	„ 95 „	— „	do.
do. „	„ 94 „	— „	do.
do. „	„ 88° Rendem.	18,90—19,10 „	do.
Nachprodukte „	88—92 „	— „	do.
do.	„ 75° Rendem.	15,80—17,00 „	do.

Bei Posten aus erster Hand:

Raffinade,	ffein, exkl. Faß	—26,25	M. per 50 kg
do.	fein, „	—26.00 „	do.
Melis,	ffein, „	—25.50 „	do.
do.	mittel „	— „	do.
do.	ordinär „	— „	do.
Würfelzucker, I.,	inkl. Kiste	30.00— „	do.
do. II.,	„	25.50—26,00 „	do.
Gem. Raffinade, I.,	inkl. Faß	27.50 „	do.
do. II.,	„	24,50—25,25 „	do.
Gem. Melis I.,	„	23.50 „	do.
do. II.,	„	— „	do.
Farin	„	20.75—22.75 „	do.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Paris, 3. Dez. (Telegr.) Rohzucker 88° fest, loco —.— à 27,75 Weißer Zucker lebhaft, Nr. 3 pr. 100 kg pr. Dez. 33,00, pr. Jan. 33,25, pr. Jan.-April 33,75, pr. März-Juni 34,30.
* Antwerpen, 2. Dez. (Telegr.) Rübenzucker. Sofort 26,50 Frcs., — Frcs., Nov. 27,00 bis —.— Frcs., Nov.-Dez. 27,50 Frcs. Jan.-März 28,00 bis — Frcs.
* New-York, 2. Dez. (Telegr.) Fair refining Muscovades 4⅝ D.

Kaffee.

* Hamburg, 3. Dez. (Telegr.) Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack.
* Havre, 3. Dez. Vorm. 8 Uhr 30 Min. (Telegramm von Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee. New-York schließt mit 20 Points Baisse. Rio — — B., Santos — — B. Recettes für gestern. Hier werthet der Januar —.— behauptet.
* Havre, 3. Dez. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm von Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee. Good average Santos per Dez. Frcs. 73,00, pr. Jan. 73,25, pr. Febr. 73,50, pr. März 73,75, pr. April 74.00, pr. Mai 74,25, pr. Juni 74.50. Schwach. Rio — — B., Santos — — B. Recettes für gestern.
* New-York, 2. Dez. (Telegr.) (Fair Rio-) 13¼.

Petroleum.

* Berlin, 3. Dez. (Amtl. Festst.) (Raffinirtes Standard white) per 100 kg m. Faß in Posten von 100 Ctr. Term. behauptet. Gek. 100 Ctr. Kündigungspr. 23.2. Loco —, Durchschnittspr. —, per diesen Mon. 23.02 bis —.—, per Dez.-Jan. 23,02 bis —, per Jan.-Febr. —.— bez., per Febr.-März —.—, per März-April —.— bis —.— bez., per April-Mai —.— bis —.— bez.
* Stettin, 3. Dez. (Telegr.) Petroleum loco versteuert, Usance 1½%, Tara 11,40 M.
* Bremen, 3. Dez. (Telegr.) (Schlußbericht.) Standard white loco — à 7,10 bez. Steigend.
* Hamburg, 3. Dez. (Telegr.) Fest. Standard white loco 7,20 Br., 7,10 Gd., pr. Dez. 6,95 Gd., pr. Jan.-März 6,85 Gd.
* Antwerpen, 3. Dez. (Telegr.) (Schlußbericht.) Raffinirt., Type weiß, loco 17 bez., 17⅛ Br., pr. Jan. 16 bez., 17⅛ Br., pr. Februar 16 bez., 16⅞ Br., pr. Jan.-März 16 bez., 16⅞ Br. Steigend.
* New-York, 2. Dez. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in New-York 7⅛ Gd., do. do. in Philadelphia 7 Gd., rohes Petroleum in New-York 6½, do. Pipe line Certificates — D. 80⅛ C.

Spiritus.

* Berlin, 3. Dez. (Amtl. Festst.) Spiritus pr. 100 Lit. à 100 Proz. = 10,000 Proz. Termine behauptet Gekündigt —.— L. Kündigungspr. 37.5 bez. Durchschnittspr. 37.4 M. loco ohne Faß 36,9 M., per diesen Mon. 37,2—37,3 bis 37.6, per Dez.-Jan. 37,2 bis 37,3 bis 37,6 bez., per Jan.-Febr. 37.4 bis 37.2 bez., per Febr.-März — bez., pr. März-April ,— bis — bis ,— bez., per April-Mai 38,4 bis 38,5 bis 38,6 bez., pr. Mai-Juni 38,7—38,8 bis 39.9 bez., pr. Juni-Juli 39,5 bis 39.6 bis 39.9, pr. Juli-August 40.1 bis 40,2 bis 40.6. — Spiritus per 100 Lit. à 100 Proz. = 10,000 Proz. loco ohne Faß 36,9 bis 37,2 bis 37.4 bez., ab Speicher — bis —.— bezahlt.
* Magdeburg, 3. Dez. Kartoffelspiritus für 10,000 Liter-Proz. loco ohne Faß 36,90—37,20. Die Aeltesten der Kaufmannschaft.
* Magdeburg, 3. Dez. (Hermann Walther.) Kartoffelspiritus steigend. Loco ohne Faß 36,90 bis 37,20. Ab Speicher unter freier Vorhaltung der Gebinde 38.60 Gd. nom. für 100 L. à 100%.
* Posen, 3. Dez. (Telegr.) Loco ohne Faß 34,10, pr. Dez. 34,40, pr. Jan. 34,70, pr. April-Mai 36,40, pr. Jan. —.—. Gek. — — L. Behauptet.
* Breslau, 3. Dez. (Telegr.) Pr. 100 Lit. 100 Proz. pr. Nov.-Dez. 35,00 pr. April-Mai 36,50, pr. Mai-Juni —.—.
* Hamburg, 3 Dez. (Telegr.) Still, pr. Dez. 25⅛ Br., pr. Jan.-Febr. 25⅛ Br., pr. April-Mai 25⅛ Br., pr. Mai-Juni — Br.
* Stettin, 3. Dez. (Telegr.) Unveränd, loco 36,20, pr. Dez.-Jan. 36,20, pr. April-Mai 37,60, pr. Juni-Juli 38,70.
* Paris, 3. Dez. (Telegr.) Fest, pr. Okt. 38,75, pr. Nov. 39,25, pr. Jan.-April 40,25, per Mai-Aug. 42,00.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* Berlin, 3. Dez. (Amtl. Festst.) Oelsaaten pr. 100 kg. Gekünd. — Ctr. Winterraps —.— M., Sommerraps —.— M., Winterrübsen —.— M., Sommerrübsen — M. — Rüböl pr. 100 kg mit Faß. Termine behauptet. Gekündigt —.— Centner. Kündigungspreis —.— M. Loco mit Faß —.— M. ohne Faß 44.02. Durchschnittspr. —.—, per diesen Monat 45.03 bis 45.91, per Dez.-Jan. 45.03 bis —.—, per Nov.-Dez. —.— bis —.—, per Okt.-Nov. —.—, Jan.-Februar —.— bez., per April-Mai 45,07 bis 45.03, per Mai-Juni —.— bis —.—. Leinöl per 100 kg — loco — M., Lieferung —

Leipziger Börse vom 3. Dezember.

Zf.	Kgl. Sächs.	M.	
3	Renten-Anl.	5000 2000	91,90 bz
3	do.	1000	91,90 bz
3	do.	500	92,20 bz
3	do.	500	92,20 bz
		Thlr.	
3	Staatsanl. 1855	100	98,00 B
4	do. 1847	500	101,60 G
4	do 1870	100	104,10 bz
4	do. 1870	50	104,10 bz

Zf.	Kgl. Sächs.	Thlr.	
4	Staatsanl.67 ab 5%	500	104,10 bz
3½	Landrentenbr.		100,00 G
4%	Mansf.Gw. 1882		101,00 G
4½	do.		101,75 G
4½	do. 1879		— —
5	do. Em. 1875		104,00 G
4	Lpz.Stadtob1884		105,50 G
4½	do. 1876		105,60 G
3½	Altb.Landb.-Obl.		102,50 G
4	do. do.		104,00 G

Div.	Eisenb.-St.-Akt.	
8.96	Altenburg-Zeitz	193,75 G
5 5/21	Aussig-Teplitz	279,50 G
15¾	Böhm.Westb. [5% g.	112,25 G
7.63	Buschtehrad. Lit. A.	120,50 bz
4½	do. „ B.	84,50 B
7½	Dux-Bodenbach	136,50 G
6¼	Franz-Jos.-B.[5%g.	89,75 G
	Eisenb.-St.-P.-A.	
8	Altenburg-Zeitz	183,00 G
7½	Dux-Bodenb. Lit. A.	130,25 G
7½	do. „ B.	130,25 G
	Bank- u. Cred.-Akt.	
9	Allg. D. Cr.-A. Lpz.	175,75 bzG
7½	Dresdener Bank	133,75 B
6⅔	Leipziger Bank	138,00 bzG
5⅓	do. Kassen-Verein	107,50 G
5⅓	do. Disk.-Gesellsch.	104,00 G
5⅓	Sächs. Bank	120,00 B
0	Weimar. Bank, neue	70,00 B
7	Zwickauer	125,10 G
	Ind.-Akt., Pr. und Stamm-Prior.	
15	Cröllw. Papierfabr.	195,00 G
—	5% do. Schuldverschr.	105,00 G
5	Dörstewitz-Rattm.	96,50 G

Div.		
5⅗	Hallesche Straßen-B.	133,50 G
13	Lpz. Malzf. Schleud.	200,00 G
8	Thür. Gasgef. i. Lpz.	148,00 B
—	do. do. (junge)	146,25 B
8	do. Stamm-Pr.	152,00 G
7	Kette-Elbf.-Gef.Akt.	88,50 bzG
16	Zuckerraffinerie Halle	106,50 G
15	S.-Thür. Br.-B. St.	172,50 G
15	do. St.-Prior.	172,50 G
%	**Ausl. Eis.-P.-Obl.**	
4	Aussig-Teplitzer	103,25 bzG
5	Böhm. Nordbahn	90,25 G
4	do. do. Gold	101,00 G
5	Buschtiehr. [B. Ndw.	86,30 G
5	do. Em. 1871	86,30 G
5	do. „ 1872	86,30 G
4½	do. Gold	104,50 G
5	Dux-Bodenbach	85,70 G
5	do. Em. 1871	85,70 G
5	do. „ 1874	106,75 G
4½	Graz-Köflacher	80,10 G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	82,00 G
5	Kaschau-Oderberg	82,00 B
4	Prag-Dux Gold	99,80 G
5	do. Gold	103,00 G
5	Prag-Turnau	90,25 G

Berliner Börse, 3. Dezember.

Preuß. u. Deutsche Fonds.		
Deutsche Reichs-Anleihe	4	106,10 bzG
do. do.	3½	102,30 bzG
Preuß. konsol. Staats-Anl.	4	106,20 bzG
do. do. do.	3½	102,00 bz
Staats-Schuldscheine	3½	100,50 B
Staats-Pr.-Anleihe 1855	3½	148,50 B
Berl. Stadt-Obligation	4	103,50 G
Provinzial-Pfandbriefe.		
Landschaftliche Central	4	101,90 G
do. do.	3½	99.50 bz
Posensche, neue	4	102,30 bz
Sächsische	4	— —
Renten-Briefe.		
Pommersche	4	104,10 bz
Posensche	4	104,10 bz
Preußische	4	104,10 bz
Sächsische	4	104,10 bz
Schlesische	4	104,10 B
Bad. Präm.-Anleihe 1867	4	136,70 bz
Bayer. Prämien-Anleihe	4	137,25 bz
Braunschw. 20 Thlr.-Loose	—	95,00 B
Bremer Anleihe	3½	— —
Köln-Mind. Pr.-A.-Sch.	3½	131,40 bz
Hamburger Staatsrente	3½	100,80 G
Meininger Loose	—	24,25 G
Oldenburger 40 Thlr.-Loose	3	155,75 bz
Sächsische Staats-Anleihe	4	104,20 bz
do. Rente	3	92,00 G
In- und ausländische Hypotheken-Pfandbriefe.		
Anhalt-Dessauer Pfandbriefe	5	101,40 G
Deutsche Hyp.-Bank (Berlin)	4	102,30 B
do. do. (Meiningen)	4	101,50 G
Gothaer Präm.-Pfdbr. I. abg.	3½	107,25 B
do. do. II. abg.	3½	104,20 bz
do. III. rzb. à 110 abg.	3½	97,60 bzB
do. IV. rzb. à 110 abg.	3½	97,50 bz
do. V. do. abg.	3½	92,60 bz
Hamb. Hyp.-Bank-Pfandbr.	4	102,00 bzG
H. Hendel Bergw.-Obl.	4½	100,25 bzG
Pr. Bodenkr.-H.-Pfdb. unkdb.	5	112,30 G
do. Ser. III.	5	107,00 G
do.	4	102,00 bzG
Preuß. Centb. unkündb.	5	111,70 G
do. do. 110 rckz.	4½	110,50 bzG
do. do.	4	102,70 B
do. Hypothek VI.	5	110,40 B
do. do. IX.	4½	— —
do. div. Ser. rz. 100	4	101,80 bzG
Südd. Boden-Kredit	4	100,40 G
Russ. Bodenkredit Pfandbr.	5	96,80 G
do. Centralbodenkred. Pfdb.	5	87,00 bzG
Ausl. Staats- u. Comm.-Pap.		
Italienische Rente	5	100,90 bz
Oesterreich. Papier-Rente	4⅕	— —
do. Silber-Rente	4⅕	68,50 bz
do. Gold-Rente	4	93,10 B
do. Kredit 1858	—	297,25 G
do. 1860er Loose	5	117,20 bzB
do. 1864er Loose	—	282,50 bz
Römische III. Stadt-Anleihe	4	99,20 bzG
Rumänische Staats-Rente	6	105,40 bzB

Rumänische St.-Rente fund.	5	101,25 bz
do. do. amort.	5	94,30 bzG
Russ. kons. Anl. 1870	5	99,50 G
Russ. kons. Anl. 1871	5	97,50 bz
do. 77 (Pfd. St. à 20 M.)	5	100,10 bz
do. 80 (Pfd. St. à 20 M.)	4	84,40 bz
do. 84 (Pfd. St. à 20 M.)	5	97,75 G
do. Orient-Anleihe II.	5	58,20 bz
do. do. III.	5	58,80 bz
do. Pr.-Anl. 1864	5	143,00 G
do. Pr.-Anl. 1866	5	— —
Russ. Gold-Rente 1883	6	111,30 bz
do. do. (stempelpflichtig)	5	92,70 bz
Russisch-Polnische Schatz	4	92,00 B
Schwed. Staats-Anleihe 1875	4½	— —
do. Hypoth.-Pfandbr.	4½	102,75 bzB
do. do.	4	101,25 bz
Serbische Rente	5	80,50 bzB
do. do. neue	5	84,90 bzG
Ungar. Gömörer Pfandbr.	5	103,40 G
do. Gold-Rente	4	84,90 G
do. do. mittel	4	85,50 B
do. Gold-Invest.-Anleihe	5	101,10 G
do. Papier-Rente	5	76,25 G
do. Eisenbahn-Anl.	5	102,25 bzG
In- u. ausl. Eisenbahn-St. u. St.-Prior.-Aktien.		
Aachen-Mastricht	4	52,50 bz
Aussig-Teplitz	4	279,25 bz
Berlin-Dresden	4	20,30 bzG
Böhmische Westbahn	5	112,25 bzB
Buschtehrader Lit. B.	4	86,10 bz
Dortmund-Gron.-Enschede	4	66,25 bz
Dux-Bodenbacher	4	136,25 bz
Galizier (Karl Ludwig)	4	80,10 bz
Gotthardbahn	4	98,40 B
Italienische Mittelmeer E. B.	4	119,70 bz
Kronprinz Rudolfbahn	5	77,40 bzG
Ludwigshafen Bexbach	4	225,00 bz
Mainz-Ludwigshafen	4	94,00 bz
Marienburg-Mlawka	4	35,00 bz
Mecklenb. Friedr.-Franz	4	162,75 bz
Niederschlesisch-Märkisch gar.	4	102,75 G
Nordhausen-Erfurter	4	29,00 bz
do. St.-Akt. abgest.	4	29,00 G
Oesterreichische Nordwestbahn	5	— —
do. (Elbthal)	4	272,00 bz
Ostpreußische Südbahn	4	67,50 bz
do. do. ult.	4	66,75 bz
Raab-Oedenburg	4	26,96 bz
Russische St. gar. (No. 125)	5	125,60 bzG
do. Südwestbahn	5	60,70 bz
Rybinsk-Bolog.	5	91,50 bzG
do. 2. Em.	5	85,30 bzB
Saalbahn	4	34,00 bz
Schweiz Unionbahn	4	83,90 bz
Stargard-Posener gar.	4½	— —
Südösterreich. St. (Lomb.)	4	177,00 bz
Warschau-Wien	4	305,50 bz
Werrabahn	4	84,50 bz
Stamm-Prioritäts-Aktien.		
Berlin-Dresden	5	52,20 bzG
Marienburg-Mlawka	5	104,00 bz
Nordhausen-Erfurt	5	99,50 bzG
Oberlausitzer	5	93,70 G
Ostpreußische Südbahn	5	113,25 bzG
Saalbahn	5	91,70 bzG
Weimar-Gera	5	87,50 bzG

Bank-Aktien.		
Aachener Diskonto	4	120,60 B
Berliner Kassen-Verein	4	123,50 bz
do. Handelsgesellschaft	4	163,50 bzG
do. Makler-Verein	4	124,75 bzG
Börsen-Kommissionsbank	4	— —
Börsen-Handels-Verein	4	139,00 B
Braunschweiger Bank	4	106,75 G
do. Kredit	4	112,75 bzG
Bremer Bank	4	— —
Breslauer Diskonto Friedthl.	4	92,00 bzB
Chemnitzer Bank-Verein	4	101,50 B
Koburger Kredit	4	80 80 G
Danziger Privatbank	4	140,00 B
Darmstädter Bank	4	146,75 bzG
do. Zettelbank	4	106,00 G
Dessauer Landesbank	4	142,50 G
Deutsche Bank	4	174.75 bz
do. Genossenschaft	4	136,25 G
do. Hyp.-B. (Berlin) 60%	4	100,90 bz
do. do. (Meiningen) 40%	4	95,70 bzB
Diskonto-Kommandit	4	216.40 bz
Dresdener Bank	4	138,80 bzG
Effekten-Maklerbank	4	— —
Geraer Bank	4	80,25 G
Getreide-Maklerbank	4	— —
Gothaer Zettelbank	4	116,75 G
Hannöversche Bank	4	117,75 G
Königsberger Vereinsbank	4	107,90 G
Landwirthschaftliche Bank	4	— —
Leipziger Kredit	4	176,10 bz
do. Diskonto	4	104,10 G
Lübecker Bank	4	88,25 B
Magdeburger Bank-Verein	4	109,30 G
do. Privatbank	4	116,75 G
Maklerbank	4	105,25 G
Meininger Kredit	4	100,00 bzG
Nationalbank f. Deutschland	4	96,75 bzG
Norddtsch. Grund-Kreditbank	4	52,25 bzB
Oesterreichische Kredit-Anstalt	4	483,00 bz
Preuß. Boden-Kredit-Anstalt	4	107,00 bzG
do. Centralbodenkredit	4	136,40 bzG
do. Hyp.-Aktienbank	4	105,90 bzG
do. Immobilienbank	4	124,00 bzG
Reichsbank-Antheile	4½	139,90 bzB
Russ. Bank f. ausw. Handel	4	76,30 bz
Sächsische Bank	4	120,00 G
Schaaffh. Bank-Verein	4	90,00 G
Schlesischer Bank-Verein	4	107,50 B
Süddeutscher Bodenkredit	4	146,00 G
Weimarische Bank	4	69,50 G
Westfälische Bank	4	110,25 G
Eisenbahn-Prior.-Aktien und Obligationen.		
Bersch. 4% Prior. abgestempelt zum Bezug v. 3% Konsols		101,50 G
Berg.-Märk. III. A. B g.	3½	100,40 bzB
do. do. IV.	4	— —
do. do. VII. konv.	4	102,25 B
do. do. IX.	4	102,50 G
do. (Nordbahn)	4	101,90 G
Berlin-Anhalt	4	101,90 bzG
Berlin-Dresden gar.	4½	101,90 G
Berlin-Görlitz konv.	4	101,90 G
Berlin-Hamburg. III konv.	4	102,10 B
Berlin-Potsdam-Magd. D.	4½	— —
Berlin-Stettin gar.	4	— —
Braunschw. Eisenb. Prt.	4½	106,60 bzG
Bresl.-Schw.-Frb. G.	4	— —

Bresl.-Schw.-Frb. H.	4	102,00 B
Köln-Minden IV.	4	102,00 bzG
do. VI.	4	102,20 bz
do. VII.	4	102,50 B
Halle-Soran v. St. g.	4	— —
Magdeb.-Halberst. de 1865	4	102,10 G
do. 1873	4	102,20 G
do. Leipzig A.	4½	103,00 bzG
do. do. B.	4	102,10 G
do. Wittenberge	3	93,50 G
Mainz-Ludw. gar. konv.	4	102,80 B
do. 1878r I., II.	5	102,80 G
do.	4	— —
Niederschl.-Mrk. I.	4	102,10 G
Oberschles. gar. Lit. E.	3½	100,20 G
do. 4% gar. Lit. H.	4	102,30 bz
do. Em. v. 73	4	102,00 G
do. do. 79	4½	106,20 G
do. do. 80	4	— —
Rechte Oder-Ufer	4	— —
Rheinische III. E.	4	— —
Thüringer I. Serie	4	101,50 G
do. IV. Serie	4	101,50 G
do VI. Serie	4	— —
Albrechtsbahn gar.	5	— —
Böhmische Nordb. Gold	4	100,75 G
Csakathurn-Agram Goldpr. A.	5	99,90 G
Dux-Bodenbach II.	5	85,30 bz
do. III.	5	107,25 G
Dux-Prag	5	108,00 bzG
Galiz.-Karl-Ludwigsbahn	4½	81,30 G
Kaschau-Oderberg	5	81,70 G
do. Gold	5	102,75 G
Kronprinz Rudolf 84	4	75,75 G
Lemberg-Czernow. IV.	4	74,90 bzG
Oesterr.-Franz. Stb., alte	3	402,75 bzG
do. do. 1874	3	392,50 G
do. Ergz.-Netz, neue	3	386,10 bzG
do. Gold.-Pr.	4	101,10 B
Oesterr. Nordwestbahn	5	86,25 bzB
do. 1874r Gold-Pr.	5	— —
Pilsen-Priesen	4	— —
Südöstl. Bahn (Lomb.)	3	324,00 G
do. Oblig.	5	104,60 bzB
Ungar.-Gal. Nordostbahn	5	81,20 G
do. do. Gold	5	103,25 B
do. Ostbahn I.	5	80,90 G
do. do. II.	5	103,00 G
Charkow-Azow	5	— —
Iwangor.-Dombrowo	4½	94,40 bz
Große Russische	3	— —
Kursk-Kiew	5	102,60 bz
Mosco-Rjäsan	4	96,90 bz
do. Smolensk	5	109,80 bz
Rjaschk-Morczansk	5	99,80 bzG
Rjäsan-Kozlow	4	— —
Russ. Nikolai-Obligation	4	88,10 G
Schuja-Iwanowo	5	101,00 bz
Südwestbahn	4	85,20 bz
Transkaukasische	3	66,50 B
Wladikawkas gar.	4	83,50 bz
Warschau-Wien IV.	5	103,40 bz
do. V.	5	103,40 bz
Zarskoe-Selo	5	76,75 G
Industrie-Papiere.		
Brauerei Königstadt	4	160,75 bzG
Berliner Brauerei Tivoli	4	136,75 bz
do. Unionbrauerei	4	157,75 G

Berliner Bock-Brauerei	4	130,00 bzG
do. Masch.-F. (Schwartzk.)	4	412,10 bzG
do. Große Pferdebahn	4	295,00 bzG
do. Allgem. Omnibus	4	208,25 bzG
Eckert Maschinenfabrik	4	112,00 B
Anhalter Maschinen	4	74,00 G
Bresl. Waggon-Fabr. (Linke)	4	105,00 G
Breslauer Oelwerke	4	65,75 bzG
Hallesche Maschinen-Fabrik	4	212,00 G
Sächsische Masch. (Hartmann)	4	118,50 G
do. Stickmasch.-Fabrik	4	— —
Chemnitzer Werkz. (Zimmerm.)	4	61,40 bzG
Zeitz Maschinen Schaede	4	230,00 B
Bonifacius	4	58,00 G
Bochumer Gußstahl	4	119,75 bzG
Kölner Bergwerk	4	109,00 bzG
Donnersmarckhütte	4	40,25 bzG
Dortm. Union St.-Pr. Lit. A.	6	59,75 bzG
Dortm. Bergbau Lit. A.	4	— —
Gelsenkirchen Bergwerk	4	113,75 bzG
Harpener Bergwerk	4	71,00 bzG
Hibernia & Shamrock	4	98,10 bz
Hörder Bergwerk	4	23,50 bzB
Königs- u. Laurahütte	4	80,00 bzB
Lauchhammer konv.	4	78,00 bzG
Luise Tiefbau	4	37,75 bzG
Magdeburger Bergwerks-Ges.	4	— —
do. do. St.-Pr.	5	— —
Oppeln Cement	4	83,50 bzG
Phönix A.	4	77,25 bzG
Sächsisch-Thür. Braunkohlen	4	173,00 bzG
do. do. St.-Prior.	5	— —
Schles. Cement	4	122,80 bzG
Schlesische Zinkhütte	4	128,50 B
do. do. St.-Pr.	4½	— —
Körbisdorf Zucker-Fabrik	4	104,00 bz
Glauzig Zucker-Fabrik	4	60,75 bz
Dessauer Gas	4	207,00 B
Magdeburg allgem. Gas	4	126,50 G
Cröllwitzer Papier-Fabrik	4	194,00 G
Eilenburger Kattun	4	64,00 G
Greppiner Werke	4	87,50 B
Leopoldshaller Verein	4	110,00 bzG
Voigt & Winde Gummi	4	163,00 bzG
Volpi & Schlüter Gummi	4	126,90 bz
Dortmunder Union-Obl.	5	106,80 bzG

Wechselkurs.

Amsterdam	100 fl.	8 T.	— —
Brüssel u. Antw.	100 fr.	8 T.	— —
London	1 Lstrl.	8 T.	— —
Paris	100 fr.	8 T.	— —
Wien österr. W.	100 fl.	8 T.	161,60 bz
Petersburg	100 SR.	3 W.	191,00 bz

Bank-Diskonto.

Berlin, Wechsel 4%, Lombard 5. Amsterdam 2½. Brüssel 2½. London 4. Paris 3. Petersburg 5. Wien 4.

Gold, Silber und Banknoten.

Souvereigns	20,32 G
Englische Banknoten	20,275 bz
Napoleondor	16,13 bz
Dollars	— —
Imperials	— —
Französische Banknoten	80,50 bz
Oesterreichische Banknoten	161,65 bz
Russische Banknoten	191,95 bz

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18861205020/fragment/page=0004